

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Eugen Gerstenmaier

Was ist mit den Deutschen los?

Theodor Blank

Soziale Sicherheit - stabile Wirtschaft

Siegfried von Kortzfleisch

Die Synode der EKD

4

APRIL 1965

13. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Von Düsseldorf nach Bonn	1
Eberhard Amelung	
Ernst Bach zum Gedenken	3
Albert Pürsten	
Kurz kommentiert	4
Was ist denn mit den Deutschen los?	5
Eugen Gerstenmaier	
Soziale Sicherheit — stabile Wirtschaft	10
Theodor Blank	
Die gesamtdeutsche Synode tagt getrennt	15
Siegfried von Kortzfleisch	
Berichte	17
Der 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf	
Bücher	18
Hanna Walz, Protestantische Kulturpolitik	
Anschriften	19
Die Evangelischen Arbeitskreise der CDU/CSU	

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Albert Pürsten, MdL (4992 Espelkamp-Mittwald, Lessingstr. 4) ist Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen. — D. Dr. Eugen Gerstenmaier, MdB (Bonn, Bundeshaus) ist Präsident des Deutschen Bundestages. — Theodor Blank, MdB (Bonn-Duisdorf, Arbeitsministerium) ist Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. — Dr. Siegfried von Kortzfleisch (7015 Korntal, Hindenburgstraße 61) ist Mitarbeiter der Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Stuttgart.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers

und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 4

April 1965

Von Düsseldorf nach Bonn

Der diesjährige CDU-Parteitag stand unter der Überschrift: Es geht um Deutschland. Für die Jahresversammlung des Evangelischen Arbeitskreises wurde das Leitthema gewählt: Verantwortung für Deutschland. Beide Themen wurden unabhängig voneinander gestellt, sie wurden also nicht aufeinander bezogen und nicht miteinander koordiniert. Manch einer mag daran Anstoß nehmen, daß eine Partei zwei Kongresse kurz hintereinander fast unter demselben Thema veranstaltet. Und es mag in der Tat propagandistisch nicht ganz geschickt sein, weil es nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als fielen der Partei keine anderen zugkräftigen Themen ein.

In Düsseldorf wurde das Thema vor allem in dem großen Referat von Bundestagspräsident D. Gerstenmaier angesprochen, das wir wegen seiner großen Bedeutung in diesem Heft abgedruckt haben. Die Fachreferate des Parteitages, die in den verschiedenen Arbeitskreisen gehalten wurden, hatten auch mit diesem Thema zu tun. Es wurde im Blick auf die konkret-politischen Vorstellungen der Union hin entfaltet. Auf der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Bonn soll die Frage nach Deutschland vertieft werden. Theologen, Historiker, Juristen und Politiker werden zu Wort kommen.

Die Union hat hier eine Frage, die offenbar heute in der Luft liegt, aufgegriffen und wird in Bonn an ihr bleiben. Sie hat es nicht getan, um irgendwelche nationalistische Ressentiments anzusprechen, sondern sie tat es aus der klaren Erkenntnis heraus, daß wir heute keine sachgemäße Politik treiben können, wenn wir an dieser Frage vorbeigehen.

Die Frage nach Deutschland drängt sich uns auf, ob wir wollen oder nicht, ob wir es für gut und richtig halten oder nicht. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit gelegentlich geglaubt, diese Frage habe sich bereits erledigt oder würde sich doch von selbst erledigen, wenn die Jahre ins Land gehen. Vielleicht haben wir gemeint, über Deutschland würde Gras wuchern, so wie es über die Ruinen des Jahres 1945 gewachsen ist. Wir sind ja auch in einer Weise international geworden, wie nie zuvor in unserer Geschichte. Unsere Kultur ist kosmopolitisch, unsere Wissenschaftler stehen im ständigen Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene, unsere Wirtschaft lebt vom Welthandel. Weil wir exportieren können, geht es uns wirtschaftlich gut, weil wir importieren, haben wir an der allgemeinen Steigerung des Lebensstandards teil. Die Deutschen reisen mehr denn je ins Ausland, als Geschäftsleute, als Studenten und als Touristen.

Je stärker unsere Kontakte mit anderen Völkern werden, je mehr wir den Menschen in anderen Nationen begegnen, desto lauter wird die Frage nach uns selbst. Wer sind wir Deutschen eigentlich? Wie steht es um Deutschland? So fragen wir angesichts der nationalen Traditionen und Geschichtsbilder, die uns in anderen Ländern begegnen. Unter den Trümmern des Jahres 1945 wurden unsere nationalen Hoffnungen und Aspirationen verschüttet. Und sie mußten dort begraben sein, weil wir in unserer Hybris das nationale Bewußtsein zu einem nationalistisch-rassistischen Imperialismus erhoben hatten, der die elementaren Lebensrechte anderer Völker bedrohte. Wir räumten die Trümmer beiseite, wir formten aus dem Schutt neue Steine und bauten unser Land wieder auf. Aber unser Bewußtsein blieb gebrochen und gespalten. Wir leben in einem Land, das um seiner Wirtschaftskraft willen beneidet wird, — und es hat keinen Namen. Wir haben einen Staat, der in der Welt umworben wird, — und er steht auf seiner Vorläufigkeit. Wir haben eine Vergangenheit — und wir wissen nicht, ob wir auf sie stolz sein können, denn man sagt uns, wir müßten sie bewältigen. Wir lernen Daten einer Geschichte, die wir nicht deuten können. Wir nennen uns selbst Deutsche und können die Frage nach Deutschland nicht beantworten.

Vielfältige Spannungen durchziehen unsere nationale Existenz. Eine dominiert sie alle, denn die Antwort auf die Frage nach Deutschland umfaßt Ost und West. Diese Spannung ist unser Schicksal geworden — und unsere Aufgabe. Es scheint, als sei unsere Generation nicht gerufen sie zu lösen, sondern sie zu ertragen, als Schicksal und als Aufgabe. Nur deshalb wehren wir uns vehement gegen alle Versuche östlicher und westlicher Realitätspolitiker, die die Spannung dadurch lösen möchten, daß sie die Pole so weit wie möglich auseinanderrücken. Gewiß, Deutschland war nur in kurzen Perioden seiner Geschichte eine Einheit; meist war es zerrissen und in viele Teile gespalten. Aber wer gibt uns das Recht, zu schließen, daß das, was einstmals galt, auch heute gelten muß? Wir sind inzwischen zusammen aufgestiegen und zusammen gefallen. Vielleicht schliefen wir tatsächlich ruhiger, wenn wir es aufgeben würden, an Deutschland zu denken, und viele unter uns schlafen sicher gut. Aber können wir im Schlaf und durchs Schlafen die Frage nach Deutschland beantworten? Sind wir so sicher, daß die nächste Generation nicht uns und die Welt mit der Frage nach Deutschland aus dem Schlaf aufrütteln würde? Wollen wir ihr antworten, daß Deutschland unter den Trümmern von 1945 begraben wurde, und wir es nicht wiederfanden, als wir die Trümmer beiseite geräumt hatten?

Die Frage nach Deutschland läßt sich nicht verschlafen. Sie ist uns gestellt und wir müssen uns ihr stellen. Noch zeichnen sich die Konturen einer Antwort nicht am Horizont ab. Noch sind wir die Suchenden, die die Gegenwart nach Hinweisen auf die Zukunft durchforschen. Wir wissen, daß wir die Antwort auf unsere Frage nicht erzwingen können. Es liegt nur zu einem ganz kleinen Teil in unserer Macht, was aus Deutschland wird. Vielleicht ist es gut so, denn wir stehen immer in der Gefahr, uns zu verfehlen, wenn wir die volle Macht in Händen haben.

Vor 70 Jahren beging Fürst Bismarck seinen achtzigsten Geburtstag. „Nicht weniger als 5250 Jünglinge deutscher Universitäten und Akademien kamen am 1. April nach Friedrichsruh . . .“, wie ein zeitgenössischer Chronist berichtet. Bismarck beantwortete ihre Huldigungen mit einer Rede, die ein großartiges Dokument von Einsichten und Irrtümern ist. Aus beidem können wir lernen, und es mag in diesem Jahr und in diesem Zusammenhang angemessen sein, einige seiner Worte wieder erklingen zu lassen! „Also positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer, und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben hat, und nicht herummäkeln an Kleinigkeiten, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken, er kann nur darauf hinfahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick, kann Schiffbruch leiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen . . .“

... Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen. Und die heutigen Fraktionsspaltungen sind ja doch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Geschlechtern und den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im Dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen, geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schlage; und wir müssen mit unsern Gegnern doch auch Nachsicht haben, wenn wir auch nicht darauf verzichten, unsererseits zu fechten. Das Leben ist Kampf in der ganzen Schöpfung, und ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesentum an und versteinern. Ohne Kampf kein Leben. Nur muß man in allen Kämpfen, sobald die nationale Frage auftaucht, doch immer einen Sammelpunkt haben, und das ist für uns das Reich, nicht wie es vielleicht gewünscht werden könnte, sondern wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der der Vertreter dafür ist. Und deshalb bitte ich Sie, mit mir einzustimmen auf das Wohl von Kaiser und Reich; und mögen Sie anno 1950, so viele von Ihnen dann noch leben, mit voller Zufriedenheit den Toast abermals mit ausbringen: „Kaiser und Reich, sie leben hoch!“

Wir rufen nicht mehr: Kaiser und Reich, sie leben hoch. Wir singen nicht mehr: Deutschland, Deutschland, über alles!, sondern wir singen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. Der Unterschied ist gewaltig. Vielleicht liegt in ihm schon eine Antwort auf unsere Frage nach Deutschland.

Ernst Bach zum Gedenken

Am 23. März haben wir Ernst Bach auf seinem letzten Weg begleitet und von ihm Abschied genommen. Obwohl wir um seine ernste Krankheit wußten, fiel es uns doch schwer zu fassen, daß dieser vitale Mann aus unserem Lebenskreis getreten ist; denn wo immer Ernst Bach sich einem Dienst und Auftrag stellte, tat er es mit dem vollen Einsatz seiner Person und einer Leidenschaft, zu der er um der Sache willen fähig war. Politik war für ihn Dienst am Nächsten, für den er um der Liebe willen tätig war.

Dabei schöpfte er aus den Quellen seines reformierten Christentums und seiner Siegerländischen Heimat. Beides wurden die prägenden Elemente nicht nur seines Wesens, sondern auch seines politischen Handelns. Deshalb war er aus Überzeugung Demokrat; deshalb forderte er den politisch mündigen Bürger, dessen ursprünglichste Verantwortung er in der kommunalen Selbstverwaltung sah. Auch als er Aufgaben in der Bundes- und Landespartei übernahm und in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzog, galt seine eigentliche Neigung der Kommunalpolitik. Mir scheint, daß die Zeit als Oberbürgermeister in Siegen nicht nur für die Stadt segensreich war, sondern daß sie auch für Ernst Bach selbst tiefe Befriedigung brachte.

Nach seinen Erfahrungen vor und nach dem Dritten Reich blieb es sein ständiges Bemühen, die politische Abstinenz — besonders der evangelischen Christen — zu überwinden. Deshalb gehörte er zu den Initiatoren und Gründern des Evangelischen Arbeitskreises. Viele Jahre war er unser Vorsitzender in Westfalen-Lippe. Zur Union der Bekenntnisse in gemeinsamer politischer Verantwortung gehörte für ihn der geistige und personelle Beitrag der evangelischen Christen.

Es ist nicht ganz einfach, zu dem Menschen Ernst Bach etwas zu sagen, denn viele erlebten ihn nur in seiner kantigen, poltrigen Art. Doch wenn auf jemand die Redensart von dem zarten Kern unter rauher Schale zutraf, so auf ihn. Unbeirrbar ging er seinen Weg, wenn er ihn als richtig erkannt hatte. Auf ein von ihm gegebenes Wort konnte man bauen und vertrauen. An seiner Familie hing er in inniger Liebe und hat für sie das letzte gegeben. Sein größtes Glück war, daß die Familie diese Liebe erwiderte. Diese Geborgenheit gab ihm die Kraft, über die Enttäuschungen und Ärgernisse seines politischen Lebens hinwegzukommen. Wie er gelebt, so ist er von uns gegangen: in kindlicher Gläubigkeit und christlicher Demut. Gott schenke ihm den ewigen Frieden. Wir werden unseren Freund Ernst Bach nicht vergessen. a. p.

Staat und Kirche in Niedersachsen

In Niedersachsen sind zwei neue Verträge zwischen Staat und Kirche abgeschlossen worden. Zuerst, im Februar, das Konkordat zwischen dem Land Niedersachsen und dem Vatikan, dann kurz darauf ein Zusatzvertrag mit den evangelischen Landeskirchen. Zusatz deshalb, weil Niedersachsen mit den evangelischen Kirchen schon vor zehn Jahren einen Staatsvertrag geschlossen hatte. Es ist der „Loccumer Vertrag“, der am 19. März 1955 unterzeichnet wurde und der bis heute als ein überaus fortschrittliches Dokument gilt, vor allem deshalb, weil in ihm der kirchliche „Öffentlichkeitsauftrag“ vom Staat offiziell anerkannt wird. Ein juristischer Kommentar legte das so aus: „Der Staat bejaht ... in der Kirche ein kritisches Gegenüber und läßt sich eine Anrede aus einer anderen, von ihm unabhängigen Dimension gefallen.“ Das schließe für den Staat sogar die „Pflicht“ ein, das Wort der Kirche anzuhören. Religion wird also nicht als bloße Privatsache abgetan, wie es die extremen Liberalen und die Kommunisten in gleicher Weise gerne täten. Und der Staat verzichtet darauf, die Kirche in seine Ordnung nahtlos einzufügen und seinen Zwecken völlig zu unterwerfen. Er respektiert, daß die Kirche ihrem Wesen nach etwas vom Staat Verschiedenes darstellt. Abgesehen davon gibt es natürlich zwischen Staat und Kirche mancherlei Sachfragen zu regeln, und das ist denn auch der Hauptinhalt der jeweiligen Verträge.

In dem jetzt nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommenen Konkordat sind nun einige Fragen behandelt, die bisher noch nie in so feierlicher Form geregelt worden sind. Dazu gehören vor allem zwei Dinge; erstens die Erwachsenenbildung: den kirchlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung wird staatliche finanzielle Förderung zugesagt; und zweitens das Recht auf angemessene Sendezeiten im Rundfunk und eine angemessene Vertretung der kirchlichen Interessen an den Fragen des Programmes. Weil es dies (und noch einiges mehr) auch im Loccumer Vertrag noch nicht gegeben hatte, hat es das Land Niedersachsen nun auch den evangelischen Landeskirchen zugestanden; damit denn die Parität wieder hergestellt sei.

Das ist könnte man sagen, nicht mehr als billig. Warum soll die Parität nicht gehalten werden. Nur entsprechen die nach dem Gesetz der Parität erlangenen verbrieften Rechte nicht dem Geist der Präambel zum Loccumer Vertrag, der ja doch die Kirche als einen freien Partner, als ein gegebenfalls kritisches Gegenüber respektierte. Worum es eigentlich ginge, läßt sich am Beispiel des Rundfunks sehr gut zeigen: Es mag schon recht sein, daß die Kirchen einen Platz im Rundfunkrat haben. Es ist eine gute Sache, daß den Fragen der Kirchen und dem, was sie zu sagen haben, Sendezeit eingeräumt wird. Aber ist es gut, dabei soviel von „Interessen“ der Kirche zu reden? Sie stellt sich damit, so sieht es nach außen hin aus, mit allen übrigen Interessenver-

bänden gleich, die so viel wie möglich für sich herauszuschlagen trachten. Wenn vom „Öffentlichkeitsauftrag“ der Kirchen gesprochen wird, ist das aber eben etwas völlig anderes. Denn das heißt, daß man zuerst das Allgemeine im Auge habe und nicht die eigenen Interessen. Es ist also fraglich, ob die Kirchen ihre Glaubwürdigkeit mehrten und ob sie ihrem Dienst an der Allgemeinheit immer nützen, wenn sie ihn durch neue Rechte abzusichern suchen.

Es gibt Kritiker der Kirche, die das verneinen. Dr. Gerhard Szczyzny zum Beispiel, der Leiter der Humanistischen Union, übrigens kein Christ, erklärte schon vor einiger Zeit: „Ich bin der Überzeugung, daß die christlichen Kirchen noch auf viele Privilegien und Machtansprüche verzichten müssen, wenn sie die politischen und moralischen Probleme einer pluralistischen Welt in einem humanen und demokratischen Sinn lösen wollen.“ Daß die evangelischen Kirchen Machtansprüche erhöhen, muß man zwar eindeutig zurückweisen. Gleichwohl hat Szczyzny den Kirchen eine Frage gestellt, die durchaus ernst genommen werden müßte. Doch scheint dafür die Zeit noch nicht genug vorbereitet zu sein. Die Kirchen genießen vorläufig noch ein sehr freundliches Klima und so viel Freiheit wie nie zuvor. Dies könnte dazu verleiten anzunehmen, das werde — das müsse so bleiben. S. v. K.

Unsinnige Anträge

Noch während des Parteitages der CDU in Düsseldorf stellte der Regierende Bürgermeister von Berlin in der Öffentlichkeit den Antrag, es solle sofort ein neuer Bundestag gewählt werden. Diese Forderung ist in den vergangenen Wochen mehrfach von anderen Politikern der Opposition wiederholt worden. Man fragt sich, was diese dabei gedacht haben. Der Bundestag hat noch eine ganze Reihe von Arbeiten soweit vorgetrieben, daß sie noch in dieser Legislaturperiode beendet werden können. Dazu gehören auch solche Gesetze, denen die Opposition ohne Zweifel zustimmen wird. Sollen diese Gesetze nun unvollendet liegenbleiben, nur weil die Opposition sich einen taktischen Vorteil von früheren Wahlen errechnet?

Aber man muß sogar weiter fragen, denn der Bundestag kann nur vorzeitig vom Bundespräsidenten aufgelöst werden, wenn er einem Kanzler das Vertrauen verweigert, ohne im gleichen Wahlgang einen neuen zu wählen. Das setzt bei der gegenwärtigen Konstellation voraus, daß der Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellt, gleichzeitig aber auch die Koalition ständig darum bittet, ihm das Vertrauen zu verweigern, ihm dem Kanzler, unter dessen Führung die beiden Parteien dann anschließend in den Wahlen ziehen sollen. Die Opposition mag der CDU ja schlechtes, aber soviel politische Dummheit sollte ihr nicht zutrauen.

Dieser Vorschlag zeugt nicht nur von mangelndem Sinn für die politische Wirklichkeit. Er ist auch Versuch, mit den Institutionen unseres Staates zu spielen. Ob sich das verantworten läßt, mag die Opposition selbst beantworten.

Was ist denn mit den Deutschen los?

Eugen Gerstenmaier

Das in der 2. Plenarsitzung des Bundesparteitages gehaltene Referat geben wir im folgenden gekürzt wieder.

Die Schriftleitung

„Was ist denn mit Euch Deutschen los?“ Das, meine Damen und Herren, war die erste Frage eines amerikanischen Freundes, als wir uns nach zehn Jahren kürzlich wieder sahen. Er gehört zu dem Kreis der Männer, denen wir die Verständigung mit den USA und die Aufnahme in die Bündnisgemeinschaft der freien Welt mit zu verdanken haben. Die Frage kam nicht eigentlich aus dem Mißtrauen. In ihr spiegelte sich vielmehr die wache Aufmerksamkeit, aber auch etwas von der Verwunderung und vielleicht Enttäuschung, auf die wir Deutsche von Zeit zu Zeit in der freien und in der neutralen Welt stoßen. Man kann die Frage natürlich ignorieren oder ihr auch von unserer Seite mit jener Mischung von Verwunderung und Enttäuschung begegnen, die etwa in der kurzen Gegenfrage liegt: Wieso? Man kann die Frage aber auch zum Anlaß nehmen, den eigenen Blick prüfend auf das derzeitige Deutschlandbild unserer Umwelt zu richten und es mit unseren eigenen Vorstellungen und mit unserem eigenen nationalen Selbstverständnis kritisch zu vergleichen. Was dabei herauskommt, ist noch nicht Politik, sicher noch keine neue deutsche Politik, wohl aber ist es eine unerläßliche Voraussetzung jeder deutschen Politik, mindestens jeder deutschen Außenpolitik.

Ohne nüchterne Weltorientierung und ohne gewissenhafte innere Orientierung kann heutzutage niemand eine vernünftige Politik betreiben. Am wenigsten wir Deutsche. Wir haben an uns selbst erfahren, wohin es führt, wenn sich der Blick für die Realität trübt, wenn das Gewissen der Nation betäubt und orientierungslos wird und wenn an die Stelle der kritischen Weltorientierung die Illusion und der Machttraum treten.

Das Deutschlandbild der Welt ist auch heute, 20 Jahre nach dem Krieg, alles andere als einheitlich. Es war nie einheitlich, mit großer Wahrscheinlichkeit wird es auch nie einheitlich sein. Denn es hängt keineswegs nur von dem ab, was wir Deutsche tun oder lassen, sondern auch von dem geschichtlichen und politischen Standort des Beobachters. Dabei spielen Interessen und Gefühlstraditionen eine große, wenn nicht sogar entscheidende Rolle. Das labilste Deutschlandbild haben zur Zeit wahrscheinlich die Araber. Sie sehen in den Deutschen vorwiegend Freunde oder potentielle Verbündete. So war es wenigstens bis vor kurzem. Das beruhte weniger auf einer sentimentalischen Beziehung zu Deutschland als auf dem simplen Schluß: Meines Feindes Feind ist mein Freund. Weil wir gegen England und gegen Frankreich große Kriege führten, und weil sich — es kann nicht verschwiegen werden — an den deutschen Namen der größte Judenmord hängt, deshalb galt Deutschland bis vor kurzem als der natürliche Freund und Verbündete der arabischen Welt. Daß die Voraussetzungen dieses Deutschlandbildes jetzt einer Revision unterzogen werden, das sollte niemand bedauern. Von Deutschland aus sehe ich nur zweierlei, was unsere freundschaftlichen Beziehungen

zur arabischen Welt und zum Nahen Osten im ganzen ernstlich gefährden, ja zerstören könnte, nämlich der Umgang mit dem Ulbrichtregime, als ob es einen regulären deutschen Staat verkörpere und Angriffskriege.

Den Bundeskanzler haben wir zu seiner Entscheidung beglückwünscht, das deutsch-israelische Verhältnis zu normalisieren. Das waren wir unserer Selbstachtung wie unserer Geschichte seit langem schuldig.

Es war einfach unzumutbar, meine Freunde, uns dauernd in die Zwangsalternative Kairo oder Tel Aviv spannen zu lassen.

Der Vergleich Bonn—Pankow für die anderen zieht dabei gar nicht; denn im Unterschied zum Reiche Ulbrichts ist Israel ein völkerrechtlich anerkannter, rechtlich einwandfrei etablierter Staat. Und das andere ist eben eine russische Besatzungszone, auch wenn es noch so getarnt ist.

Der vielfache Zusammenhang des Staates Israel mit dem Judentum der ganzen Welt ist für unseren Aspekt deshalb von so großer Bedeutung und kann auch frei angesprochen werden, weil das Weltjudentum einen bedeutenden Einfluß auf das Deutschlandbild in der heutigen Welt hat. Es kommt gar nicht darauf an, ob wir das begrüßen oder bedauern. Das ist eine Realität, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Das Deutschlandbild der Kommunisten

Die relativ geringste Wandlung ist, wie mir scheint, im Deutschlandbild der kommunistischen Welt zu verzeichnen ...

Dennoch wird man sagen dürfen, daß auch am Deutschlandbild des Ostens die Zeit nicht spurlos vorübergegangen ist. Es gibt nämlich Anzeichen dafür, daß seine Kraft und Macht auch über die russische und die polnische Seele zu schwinden begonnen hat und daß das Klischee des revanchistisch-militaristischen Deutschland nur noch mit sehr beträchtlichem Aufwand der offiziellen kommunistischen Propaganda vor seinem Zusammenbruch bewahrt werden kann.

Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß gerade dieses Klischee ein Instrument der sowjetrussischen Deutschland-Politik ist. Es dient keineswegs nur allgemeinen kommunistischen Propagandabedürfnissen, sondern noch weit mehr dem sowjetrussischen Imperialismus. Denn es ist nicht nur der kommunistische Terror, dem Moskau in seiner deutschen Besatzungszone Schutz und Hilfe leiht, sondern es ist auch brutaler russischer Imperialismus, der sich der Ulbricht und Genossen bedient. Das Deutschlandbild des kommunistischen Ostens ist ganz und gar auf diesen Zweck abgestellt. Es orientiert sich also nicht an der deutschen Wirklichkeit, sondern bewußt an der kommunistischen Zielstellung. Und solange die Sache so ist, ist es der Korrektur auch mit den wohlgemeintesten Mitteln nahezu unzugänglich.

Das westliche Deutschlandbild

Völlig anders liegen die Dinge im Westen. Auch das Deutschlandbild des Westens ist in sich nicht einheitlich.

Aber es ist von Elementen bestimmt, die sich nahezu in jedem Land der freien Welt finden.

Das Belastende ist — wie wir auch aus der Reaktion auf die Verjährungsdebatte soeben wieder gesehen haben — noch immer das, was Hitler aus Deutschland gemacht und was er der Welt im deutschen Namen angetan hat. Es verbinden sich damit aber noch sehr viel ältere Vorbehalte gegen das deutsche Volk und die deutsche Geschichte im ganzen ...

Einen großen positiven Beitrag hingegen hat zu dieser Korrektur die breite Begegnung von Volk zu Volk geliefert, die Begegnung, wie sie in der Besatzungszeit begann und sich in der europäischen Integration und der atlantischen Partnerschaft vertiefte. Die Rehabilitierung des deutschen Volkes in der freien Welt hätte — dabei bleiben wir — auf keinen anderen Weg als auf dem der von Konrad Adenauer geführten Außenpolitik wirkungsvoller durchgeführt werden können.

Sie hat uns auch in der sogenannten blockfreien Welt Achtung verschafft. Mit der Entscheidung zur Sache der Freiheit in der Welt, mit unseren Wiedergutmachungsleistungen und mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau hat das deutsche Volk die Voraussetzungen für seine Rückkehr als gleichberechtigter Partner in die Gemeinschaft der Völker und in die Weltpolitik geschaffen.

Aber die Anerkennung dieser moralischen, politischen und wirtschaftlichen Leistungen ist noch nicht gleichbedeutend mit jener inneren Beziehung, die das Miteinander der Völker auf die Dauer allein freundschaftlich und fruchtbar macht. Völker sind eben noch etwas anderes als Staats- und Wirtschaftsapparaturen. Ihre Beziehungen werden erst fruchtbar, wenn sie sich in einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung, ja, der inneren Zuneigung entfalten können. Es ist kein Zweifel, daß wir Deutschen auch heute, zwanzig Jahre nach dem Krieg, darauf nur teilweise und zurückhaltend rechnen können ...

Die Pflege des deutsch-französischen Verhältnisses ist eine vorrangige Aufgabe unserer Politik, weil in ihm die Neuorientierung unseres nationalen, unseres geschichtlichen und politischen Denkens ihren wahrscheinlich tiefsten und nach unserem Empfinden produktivsten Ausdruck gefunden hat.

Verständigung und Versöhnung hat es in den vergangenen zwei Jahrzehnten Gott sei Dank nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich gegeben. Die amerikanische Deutschland-Politik und die europäische Integration wären ohne sie nicht denkbar und nicht möglich gewesen. Aber wir Deutsche haben sie wohl doch am tiefsten eben in der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses erlebt. Frankreich hat seit mehr als zweihundert Jahren den weitaus stärksten Einfluß auf das deutsche Nationalbewußtsein ausgeübt. Neben den subtilsten Verbindungen geistiger Art bestand zwischen Deutschland und Frankreich auch lange der ausgeprägteste, mit viel Haß gepflegte Gegensatz. Es bedurfte mehr als des Überdrusses an den Schlachten, die wir uns lieferten, um einen fundamentalen neuen Abschnitt in unserer gemeinsamen Geschichte zu eröffnen. Dazu gehörte eine neue Idee und ein gemeinsames klares Ziel.

Deutschland und Europa

Der Gedanke der europäischen Integration hat sie geliefert, in diesem Fall unter der Führung eines Mannes, der beide Völker eigentlich in sich vereinte: Robert Schuman. Unter seinem Horizont und dem Horizont der Integration hat sich die Begegnung der Deutschen mit den meisten unserer europäischen Nachbarn schon bald nach dem Kriege zu vollziehen begonnen, und diese Begegnung wiederum hat wesentlich zur Revision des Deutschlandbildes in Europa und in der Welt beigetragen ...

... Verfehlt wäre es, wenn wir uns vor Alternativen stellen ließen, die dem Sinn und Geist der europäischen-atlantischen Partnerschaft zuwider sind. Eine solche Alternative ist zum Beispiel das Wort: Paris oder Washington.

Eine solche Formulierung ist deshalb grundfalsch, weil der deutsch-französische Vertrag mehr ist als eine deutsch-französische Interessenkoalition innerhalb der europäischen Gemeinschaft oder der NATO. Es ist vielmehr der Ausdruck eines vertieften Verhältnisses der beiden Völker. Dieser Ausdruck beraubt keinen der Möglichkeit, seine Entscheidungen innerhalb der großen Zusammenschlüsse nach sachlicher Notwendigkeit im gegenseitigen Vertrauen und im Respekt vor dem Geist der Gemeinschaft zu treffen. Es ist durchaus berechtigt und der neuen Orientierung unserer Politik auch gar nicht zuwider, wenn wir unser nationales Interesse dabei ebenso sorgsam bedenken wie unsere Partner das ihre.

Jetzt kommt also ein so etwas halbstarker Beifall. Ich möchte wissen, ob ich mir auch diesen Beifall noch verscherze mit dem nächsten Satz; denn der heißt: Ich warne jedoch vor dem neuerdings wieder recht ungemindert vertretenen Rezept, daß wir uns ausschließlich von unseren eigenen nationalen Interessen leiten lassen müßten.

Der Beifall ist besser, und er steht einer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands wohl zu Gesicht.

Denn bei allem Respekt vor den nationalen Interessen, daß sie allein es sein müßten, die unser Tun und Lassen bestimmten und dirigierten, gegen diese Formulierung ist einzuwenden, daß sie mindestens insofern mißverständlich, ja sogar fatal sei, als sie nämlich allzu leicht vergessen läßt, daß es zwischen unserem nationalen Interesse und dem anderer Völker der freien Welt weit mehr Interessenidentität als Interessenkonkurrenz gibt.

Aber die ganze Parole paßt auch deshalb nicht mehr so richtig in die Landschaft, weil sie dem neuen Ziel, dem großen Maßstab und den wichtigsten Methoden der deutschen Politik in den letzten 15 Jahren nicht gerecht wird. Das Wesen dieser Politik besteht darin, daß sie sich mit den gemeinsamen Notwendigkeiten und der gemeinsamen Existenz der freien Welt identifiziert. Sie ist ein Ziel oder, wie Kant sagen würde, ein Zweck und nicht nur ein Mittel unserer Politik. Deshalb ist auch der Verdacht unbegründet, der sich da und dort in der Welt ausgebreitet hat — das ist nämlich die Kehrseite der Medaille —, daß wir Deutsche nur uns selbst und das große Elend unserer Teilung im Auge hätten, daß wir die anderen nur für politische Initiativen zu unseren Gunsten einzuspinnen wünschten, uns selber aber in

keuscher Distanz von allen Konfliktherden hielten, mit denen fertig zu werden eben nicht nur die Sache der Amerikaner und allenfalls der Engländer sei, weil sie nämlich die ganze freie Welt angingen.

Dieser Vorwurf ist unterwegs und wird gar nicht mehr immer nur allein hinter vorgehaltener Hand geflüstert. Ihm muß begegnet werden. Man muß sagen, daß es leider wahr ist, daß es Äußerungen und vielleicht auch Aktionen von deutscher Seite gab, die so gedeutet, so mißdeutet werden oder einen solchen Eindruck hervorrufen konnten. Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch anderes, ganz anderes, was ihn widerlegt. Dazu gehört nicht nur die ungewöhnlich hohe Integrierung der Bundeswehr in die NATO, sondern dazu gehört z. B. auch unsere Ratifizierung des Atomteststopps. Wir waren keineswegs blind gegen die Bedenken, die sich aus der Zulassung Pankows zu dieser Ratifizierung ergeben mußten. Wir haben diese Bedenken im Interesse der Sache und der Rücksicht auf den Präsidenten im Weißen Haus in Washington seinerzeit fallenlassen.

In der nahezu vollständigen Synchronisierung unserer eigenen Deutschlandpolitik mit den weltpolitischen Zielen und Methoden unserer wichtigsten Bündnispartner drückt sich natürlich auch die Überzeugung aus, daß es richtig und methodisch notwendig ist, die Lösung der Deutschland-Frage nicht im nationalen Alleingang nach Osten, sondern in der weltpolitischen handlungsfähigen Gemeinschaft der Freien Welt zu suchen. Aber das ist nur eine Bestätigung der Interessenidentität und kein Beweis dafür, daß wir die Sache der Freien Welt unseren berechtigten nationalen Belangen einfach unterordnen würden ...

Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Hinwendung vieler Deutscher an den Gedanken der europäischen Einigung seinerzeit unter dem Eindruck erfolgte, daß der deutsche Nationalstaat in der bedingungslosen Kapitulation vom Mai 1945 für immer zerbrochen sei. Das vereinte Europa war deshalb für viele ein Ersatz für das zerstörte Vaterland. Sie versuchten damit, aus der Not eine Tugend zu machen, was um so leichter war, als dem Gedanken gar nicht zu widersprechen war, daß das alte Europa ein neues Gesicht bekommen müsse, wenn es noch eine Zukunft haben wolle. Dem Beitritt des freien Teiles Deutschlands zu der atlantischen Sicherheitsgemeinschaft ist zwar von der Opposition heftig widersprochen worden — was man gar nicht mehr wissen will —; seine Notwendigkeit erwies sich aber als unwiderlegbar ...

Die Deutschen haben sich überraschend schnell und richtig orientiert, indem sie sich der von uns, der CDU, programmatisch formulierten praktizierten Politik anschlossen. Das gilt durchaus für ganz Deutschland, denn es kann kein Zweifel sein, daß auch die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone in ihrer großen Mehrheit sich innerlich dafür entschieden.

Die Hallstein-Doktrin

Das ist einer der Gründe, weshalb die Sowjets und ihre Handlanger die freien Wahlen in Mitteldeutschland niemals ernsthaft in Erwägung zogen, geschweige gar zugelassen haben. Es war auch deshalb nur konsequent und gerecht, wenn die Bundesregierung in Anspruch nahm,

der allein autorisierte Sprecher aller Deutschen in der Welt zu sein. Darum muß die Hallstein-Doktrin auch weiterhin mit Entschiedenheit gehandhabt werden.

Meine Damen und Herren, ich warne vor der Illusion, daß daran viel zu biegen, zu wandeln und zu machen sei. Sie muß angewandt werden. Das heißt, man muß sie genau präzisieren, und dann muß sie genau angewandt werden. Wendet man sie nicht an, dann hat man sie schon aufgegeben ohne jede weitere Theorie. Sie hat keinen andern Zweck, als den Anspruch durchzusetzen, daß Deutschland in der Welt allein von der Bundesrepublik vertreten wird. Nur damit wird dem deutschen Volk und der Welt erspart, daß zwei grundverschieden gestimmte Staaten in der Weltpolitik erscheinen und damit die Spaltung Deutschlands perfekt machen.

Es ist sicher, daß in der Entschiedenheit, mit der wir dagegen angehen, nicht wenige unserer Zeitgenossen unsympathische deutsche Widerborstigkeit gegen das Schicksal, kalte Kriegsstimmung oder gar nationale Überheblichkeit sehen. Wir müssen damit rechnen, daß unser unentwegtes Bestehen auf der Wiederherstellung unserer nationalen Einheit, ja selbst die beharrliche Verfechtung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutsche im Rahmen des Status der Vereinten Nationen von vielen als lästig und gegen die Entspannung in der Welt gerichtet empfunden wird.

Das wird das aufgehellte Deutschlandbild in einem Teil der Welt möglicherweise wieder verdunkeln, zumindest wird es da und dort uns Sympathien kosten. Das muß gesehen und muß hingenommen werden. Denn wir hätten sonst nur noch die Wahl, die uns vom Rechtsbewußtsein und von den Geboten der menschlichen Solidarität gezogenen Grenzen zu überschreiten, indem wir uns mit dem Status quo — d. h. mit der Teilung — formell und tatsächlich abfinden. Das aber kann nicht sein, und das darf nicht sein, gleichgültig ob wir dafür gelobt oder gescholten werden. Die gerechte Lösung der Deutschlandfrage und die damit verbundene Stabilisierung Europas ist jedoch eine zu große Aufgabe, als daß sie Illusionismus und leere Demonstrationen verträge.

Politik in einer sich wandelnden Welt

Der Wandel der Welt wird uns möglicherweise auch einen Wandel der Methoden dafür auferlegen. Es ist an uns, dafür nicht nur offen zu sein, sondern uns immer von neuem zeitgerechten Vorschlägen und Initiativen verpflichtet zu wissen.

Eine unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Politik ist, daß wir Deutsche selbst die Balance halten zwischen wirtschaftlicher Kraft und politischer Leistung. Denn Deutschlands politische Geltung in der Welt kann hinfort nicht allein auf seine wirtschaftliche Energie, auf seine Selbstreinigung und seine Bündnistreue gegründet werden. Das alles, meine Freunde, ist notwendig, aber das notwendige Gewicht in der großen Politik gewinnt es erst, wenn es kraftvoll in einer in sich selber ausgeglichenen weitblickenden und methodisch sicheren politischen Aktivität zusammengefaßt wird.

Bis jetzt hat die geistige und moralische Kraft der CDU die Energien Deutschlands politisch geformt und gelenkt und jene Balance zwischen wirtschaftlicher und politi-

scher Leistung herbeigeführt, die Deutschlands Wiederaufstieg bewirkte. Der neue Abschnitt der weltpolitischen Entwicklung mit seiner Differenzierung innerhalb der großen Blöcke, mit den komplizierter werdenden Integrationsaufgaben, mit der notwendigen und ganz unausweichlichen Reform der NATO, mit der inneren Labilität weiter Teile der Welt und mit dem diffus gewordenen Weltkommunismus, das alles erfordert von uns, von der CDU als der führenden Kraft Deutschlands, präzise Orientierung, große Entschlossenheit und klare Führung ...

Es ist keine unrichtige, auf die Dauer aber auch keine ganz zureichende, aber für sich allein genommen zu bequeme Behauptung, daß wir Deutsche getan hätten, was wir Deutschland und der Sache der freien Welt schuldig seien, wenn wir unseren Verteidigungsbeitrag und etwas Entwicklungshilfe entrichteten und im übrigen durch unsere gesellschaftspolitischen Investitionen im deutschen Volk dafür sorgten, daß der Kommunismus bei uns keine Chance habe. Das ist alles gut und wahr. Ich glaube, daß wir uns in den kommenden Jahren dazu entschließen müssen, mit einem noch größeren politischen und materiellen Einsatz an dem wirtschaftlich-sozialen Wettkampf zwischen Ost und West teilzunehmen.

Deutsche Nüchternheit bestünde heute in der Einsicht: es gibt eine höhere, eine weitere Pflicht als die des Gehorsams, und das ist die Pflicht der Freiheit. Freiheit heißt eben Verantwortlichkeit, Verantwortlichkeit gerade des Geistes, gerade des Herzens, gerade des Denkens, gerade des Gewissens, jedes einzelnen und also des ganzen Volkes. Freiheit ist nicht da, wo jeder tun darf, was ihm gut dünkt. Freiheit ist natürlich auch nicht da, wo dem einzelnen im Verhältnis zum Ganzen nur eben der ihm befohlene Einsatz zu leisten übrigbleibt. Freiheit ist da, wo jeder einzelne sich selbst zu einem Teil für die Führung des Ganzen haftbar macht. Freiheit ist da, wo dem Ganzen, seiner Führung, seiner Erhaltung, seiner Gestaltung die Verantwortlichkeit jedes einzelnen zugute kommt. Freiheit ist da, wo der einzelne nicht mehr ausreißen kann, indem er zwar gehorcht, im übrigen aber den Führer, die Behörde, die Stimme aus der Wolke über das Ganze entscheiden läßt, wo er vielmehr selber über dem Ganzen wacht, selber mitentscheidet über das, was aus dem Ganzen werden soll.

Karl Barth, Ein Wort an die Deutschen, 1945

Wenn es wahr ist, daß die Lösung der deutschen Frage eine Frage des Verlaufs der Weltpolitik ist, dann ist das nicht nur unsere moralische Pflicht als Mitglied der freien Welt, sondern es ist auch unsere unmittelbar nationale Aufgabe.

Aber wird sich das deutsche Volk entschließen, die Anstrengungen, die eine politische Leistung dieser Art verlangt, auf sich zu nehmen? Und wird es sich bereitfinden — die Frage muß ja auch angesprochen werden —, zu jenem fortgesetzten inneren Engagement, das eben

dazugehört und das ihm seine Kritiker so gerne absprechen? Oder werden wir mit steigendem Sozialprodukt erst jener „gepanzerte Kosumverein“ werden, der zu einem hinreichenden weltpolitisch wirksamen Beitrag und einer durchgreifenden inneren Orientierung der Nation überhaupt nicht mehr fähig ist. Muß jene „Abdankung des Geistes vor dem Vitalen“ — um ein Wort Emil Brunners zu gebrauchen — dergestalt wirklich das Schicksal der Deutschen in ihrem neuen Wohlstand sein? — Es gibt Belege dafür, meine Freunde, daß diese Gefahr keine Erfindung ist; und es ist Tatsache, daß sich viele Deutsche vor einem Vakuum sehen, wenn nach ihrer persönlichen Orientierung in unserer Zeit und in Staat und Gesellschaft gefragt wird. Daß es so ist, liegt nicht nur an der gedankenlosen Selbstbeschränkung auf den Vordergrund des Lebens, sondern auch an den zerbrochenen Traditionen, an der in Frage gestellten Kontinuität unserer Geschichte, an den Schwierigkeiten unserer Provisorien und an der verbrecherischen Ausbeutung der Vaterlandsliebe im Dritten Reich. In einem ausgezeichneten eindringlichen Bericht aus Frankreich schreibt Heinz Barth, der Pariser Vertreter der „Welt“, daß die Bundesrepublik für die Franzosen z. B. „ein leichter zu begreifender Partner wäre, wenn sie eine klarer umrissene Beziehung zu ihrer nationalen Aufgabe hätte. Auf den Vulgärnationalismus des Dritten Reiches sei das entgegengesetzte Extrem einer ratlosen Passivität des nationalen Bewußtseins gefolgt“. Barth, der Sachkenner, läßt keinen Zweifel daran, daß das bedauernd, ja vorwurfsvoll gemeint ist und daß das keineswegs nur von den Gaullisten so empfunden wird.

Neue Kräfte in Deutschland?

Es ist eine Illusion, zu sagen, daß sich seit einiger Zeit jedoch in Deutschland neue Kräfte zu regen beginnen, Kräfte, die in das große Vakuum eindringen und die unprogrammatisch aber wirklich wieder so etwas wie ein nationales Bewußtsein zu schaffen beginnen, ein Bewußtsein, das sich jedenfalls ansprechen läßt. Es hat nichts zu tun mit den schäbigen Resten des Nationalsozialismus; denn es stammt aus ganz anderen seelischen Bereichen, und es orientiert sich an völlig anderen Leitbildern und Überzeugungen. Angestachelt und geformt wird es vielleicht mehr von einem humanitären als spezifisch politisch-staatlichen Element, nämlich von der menschlichen Solidarität mit denen hinter dem Eisernen Vorhang. Damit verbindet sich aber die wachsende Einsicht, daß die europäische Integration die nationale Integration weder ersetzen soll noch ersetzen kann. Es zeigt sich dabei auf deutschem Boden, daß keineswegs nur die Engländer und das Frankreich de Gaulles den Nationalstaat nicht aufgegeben haben. In unserem beständigen Verlangen nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat er immer auch weitergelebt, auch wenn man davon ausgehen darf, daß sein heutiges und zukünftiges Verständnis sich nicht mehr auf die alte Weltordnung der nationalen Souveränität gründet. Aber je größer und undurchdringlicher — prüfen wir uns doch selber! — die übernationalen Zusammenschlüsse mit ihren notwendigen Apparaturen werden, desto mehr sucht der Mensch des Massenzeitalters Zuflucht in seelisch durchdringbaren Räumen, desto mehr verlangt er nach Gliederung und vertrauter Behausung.

Der Nationalstaat mit seinen Kulturtraditionen und Strukturprofilen wird sie ihm auch weiter bieten, obwohl sich — ich wiederhole — seine Souveränitätsvorstellungen und damit sein staatliches Selbstbewußtsein grundlegend gewandelt haben.

Die Frage nach der Geschichte

Zu dieser inneren Bewegung gehört, daß das deutsche Bewußtsein wieder nach seiner Geschichte fragt. Die Frage gilt nicht der Heroisierung oder Beschönigung, sondern dem Bedürfnis nach nationaler Kontinuität und Identität. Dabei ist nicht nur der Verstand, sondern vor allem das Gewissen engagiert. Deshalb wird in diesem Feld die Frage nach unserer Schuld und Unschuld und der der anderen noch lange nicht verstummen. Ihr auszuweichen, ist nicht wohlgetan, sie zu forcieren, ist nicht notwendig. Unerträglich, und zwar moralisch wie politisch, ist jedoch der Versuch der Aufrechnung von Untaten, der Versuch, dem sich einige hingegeben haben.

Wir haben es nicht in der Hand, daß zweifelhafte Gestalten mit den Regungen eines neuen deutschen Nationalbewußtseins ihre dunklen oder banalen Geschäfte zu machen versuchen. Aber bei uns innerhalb der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands sollte kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß solchen Leuten energisch begegnet werden muß. Die Bildung eines neuen Nationalbewußtseins der Deutschen sollte jedoch nicht verdächtigt, sondern von uns gewissenhaft gepflegt werden. Denn es vollzieht sich in ihm — vielleicht oft wirr — doch so etwas wie eine neue Orientierung, die über Sex, über Geld und Freizeitgestaltung hinausdrängt, die des leichten Spiels überdrüssig ist, die das Vakuum des „gepanzerten Konsumvereins“ angähnt und anödet. Menschen, die sich dieser Orientierung öffnen, ahnen etwas davon, daß der Dienst der Freiheit ein strenger Dienst ist und das Vaterland auch in unserer Zeit eine faszinierende Sache ist. Wenn wir etwas brauchen, wenn die deutsche Politik etwas braucht, dann sind es Menschen dieser Art. Denn bei allem Respekt vor der Macht der tausend Verbände, in denen unsere Wirtschaftsgesellschaft dem Staat gegenübertritt und — das Wort von Eschenburg ist nicht aus der Luft gegriffen — ihn zu beherrschen trachtet, — eine Nation und ihr Staat sind mehr als ein Wechselrahmen für den Interessenausgleich, und die CDU ist etwas qualitativ anderes als eine Interessenkoalition. Was uns betrifft, wir dienen Deutschland nicht nur, weil es die Grundlage unserer Existenz ist, sondern weil es einen Anspruch auch auf unsere Liebe hat.

In seinen Memoiren berichtet General de Gaulle einmal von dem Eindruck, den er bei seiner ersten Fahrt durch die französische Besatzungszone von dem geschlagenen Deutschland gewonnen habe. Es ist eine menschlich noble Äußerung. Sie verbindet sich mit der Feststellung — ich zitiere de Gaulle —: „Wiederaufbau und Lebensniveau — das mußten auf lange Jahre die Ziele des deutschen Volkes und seiner Politik bleiben.“ So war es in der Tat. Inzwischen sind 20 Jahre ins Land gegangen. Wiederaufbau und Lebensniveau — mögen die Nörgler sagen, was sie wollen — sind im ganzen wesentlich erreicht. Geblieben als Aufgabe ist, was nur in der Bewegung der Weltpolitik erreicht werden kann: Deutschlands

Einheit, Europas gerechte Ordnung und der gesicherte Weltfrieden.

Meine lieben Freunde, darf ich auf die Frage: „Was ist denn mit Euch Deutschen los?“ für Deutschlands Christlich-Demokratische Union antworten: Keine Angst! Wir fallen nicht zurück. Wir gehen vorwärts. Wir treten neben die Partner, Bundesgenossen und Freunde, die uns Gott in diesen Jahren wiedergegeben hat. In ihrer Gemeinschaft nehmen wir unseren vollen Part auf uns im Ringen um eine Welt, in der Gerechtigkeit wohnt.

Nachführende, von uns gekürzte Ausführungen machte der Bundestagspräsident zum Abschluß der Diskussion.

Ich habe beim Zitieren dessen, was ich in einem Satze gesagt habe, gehört, daß nicht von dem nationalen Bewußtsein der Deutschen die Rede war, sondern vom deutsch-nationalen Bewußtsein.

Das, meine Damen und Herren, ist genau das, was natürlich scharf ins Visier genommen und worauf geschossen werden sollte. Denn dem, meine Damen und Herren, Verbindungen dieser Art, sollten wir uns auch sprachlich nicht nähern, und sollte ich es irgendwo getan haben, dann bitte ich um Nachsicht. Gemeint ist das natürlich mit diesem großen Thema, das uns beschäftigt und uns in die Zukunft hinein meiner Schätzung nach immer mehr beschäftigen wird, in gar keiner Weise. Ich mußte sehr mißverstehen, was ich in Begegnungen — keineswegs nur mit Mannschaften und Offizieren der Bundeswehr, sondern auch im Gespräch an deutschen Universitäten mit Studenten, im Gespräch mit jungen Leuten aller Art, wer immer mir begegnet ist — gehört habe. Was diese Menschen meinen, wenn sie in dieser Richtung sprechen, ist ganz gewiß nicht das, was sich unsere Altvorderen unter dem deutsch-nationalen Bewußtsein vergangener Jahre und Zeiten vorgestellt haben.

Das ist nicht gemeint. Es ist überhaupt nichts gemeint, meine Damen und Herren, was auch nur im mindesten in die Nähe reaktionärer Gedankenbahnen und Gefühlsabläufe zielt. Im Gegenteil: Das, woraufhin wir zielen mit diesem Thema — ich danke den Diskussionsrednern des heutigen Nachmittags, daß wir alle uns darin einig sind —, ist etwas durchaus Nobles, etwas, das vor Verdacht und Mißdeutung in unserer Zeit geschützt werden mußte und von uns auch verständnisvoll — ich bitte noch einmal darum: verständnisvoll! — aufgenommen, von mir aus kritisch, aber wohlwollend aufgenommen, gehört und gepflegt werden sollte . . .

Wir tun gut daran, meine Damen und Herren, im Blick auf das, was hinter uns liegt, ein unserem selbstkritischen Bewußtsein entsprechendes nationales Bewußtsein zu haben. Aber zu diesem kritischen nationalen Bewußtsein gehört gerade, daß man nicht bereit ist, sich auf dieser Ebene ein für allemal mit seinen Söhnen und Töchtern abfinden und abspesen zu lassen: Versorgung, Konsumverein, Staatsapparatur, meinethalben auch die technischen Notwendigkeiten und die gewiß großen technischen Möglichkeiten, daß das alles sei. Das ist alles auch wahr, und die materielle Basis, meine Damen und Herren, nun — wir werden uns nicht einfallen lassen, über sie erhaben oder snobistisch daherzureden.

Es gibt so eine ganz billige Art, sozusagen höhere Ansprüche zu dokumentieren; aber sie hat in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren einen mehr unglücklichen als glücklichen Ausdruck darin gefunden, daß jeder Spießbürger glaubte, seine geistige Erhabenheit damit dokumentieren zu können, daß er über das Wirtschaftswunder erhaben und snobistisch von oben herab sprach. Das werden wir uns nicht einfallen lassen; denn wir wissen, woher das Brot kommt, und wir wissen, welche Bedeutung es hat für die Unabhängigkeit einer geistigen, einer gewissenmäßig orientierten Existenz. Gerade Leute, die darauf Wert legen, die auf innere Unabhängigkeit, die auf Freiheit Wert legen, werden das Materielle und die materielle Sicherung zu schätzen wissen. Deshalb ist alles, was hier gesagt wird, nicht dagegen gesagt, sondern es ist nur gegen den Wahn geredet, daß das alles das Ziel und nicht nur — wie wir meinen — ein Mittel unserer Existenz sei . . .

Das zweite, was mir im Laufe der Diskussionsbemerkungen noch einmal deutlich geworden ist: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das nationale Bewußtsein, auf das wir dergestalt hinauswollen, das wir pflegen und hüten möchten, natürlich auch inhaltlich ein gewandeltes nationales Bewußtsein ist. Ich möchte das in aller Kürze an folgender Überlegung deutlich machen:

In meiner Jugend gab es die großen Diskussionen der Nationalen und der Internationalen . . . Wenn ich etwas für das Glück unserer Zeit halte, wirklich für ein Glück in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, dann ist es die Tatsache, daß dieser Konflikt weggefallen ist. Das kann man ganz schnell daran zeigen: Früher galt als die eigentliche These, in der sich ein nationales Bewußtsein darstellte, daß es einer Rangordnung folgte „right or wrong, it is my country“: ob es richtig oder falsch ist —, im Namen und im Dienste des Vaterlandes ist es schließlich recht und richtig.

Und dann kamen andere, gewissenhafte Menschen und

sagten: Keineswegs ist es immer so; auch im Dienste unseres Vaterlandes werden gelegentlich Sachen von uns verlangt, die wir einfach gewissermaßen nicht akzeptieren können!

So kam es zu Spannungen. Im Fluch der Hitlerzeit war das das Schlimmste: daß soundso viele Menschen in eine grauenhafte Gewissensverwirrung gestürzt wurden. Sie haben im Grund ihres Herzens gespürt: Irgendwo ist das doch nicht richtig. Aber weil es im Namen des Vaterlandes von ihnen gefordert wurde, kamen sie in die Wirrnis, in die Bedrückung, und das hat schließlich die große Verwirrung und das Vakuum geschaffen, in dem sich viele von uns befinden.

Meine Damen und Herren, ich sage, daß das eigentliche Glück unserer Jahre in dieser zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in diesem Bereich darin besteht, daß die Loyalität, die das Vaterland, die der freiheitliche Rechtsstaat heute von jedem seiner Bürger verlangt, verlangen darf und verlangen muß, daß diese Loyalität gegenüber dem Staatsgehalt des freiheitlichen Rechtsstaat nicht im mindesten gerichtet ist, nicht gespannt ist gegen die große Idee des internationalen, übernationalen Zusammenschlusses der freien Welt. Beide zielen ja aufs gleiche, beide haben nichts anderes im Sinn, als im Rahmen einer großen Ideengemeinschaft — natürlich mitsamt der erforderlichen großen Apparatur — die Loyalität des nach dem Bilde Gottes geschaffenen Menschen zum freiheitlichen Rechtsstaat im nationalen und im übernationalen Bereich miteinander zu synchronisieren, zu verbinden und so erst geschichtsmäßig in dieser zweiten Hälfte des Jahrhunderts als das große Thema der Welt und als die Zukunft der Menschheit zu verbürgen.

Hier mündet das nationale Bewußtsein der Deutschen — dem wir uns stellen sollten, zu dem wir aufrufen — in die große Aufgabe der inneren, der geistigen Orientierung der Weltpolitik, ja, der Weltgeschichte, der wir uns zu stellen haben, zu der wir gefordert sind,

Soziale Sicherheit - stabile Wirtschaft

Referat im Arbeitskreis II des CDU-Parteitag

Theodor Blank

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist auf den letzten Parteitagen jedenfalls immer eine gute Übung gewesen, daß wir die wirtschaftlichen und die sozialen Probleme zusammen behandeln. Früher hatte ich die Ehre, das mit dem damaligen Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard tun zu dürfen, heute mit meinem Freund Schmücker.

Es ist eine gute Übung, die beiden Problemkreise miteinander zu verbinden und in einem Arbeitskreis zu behandeln, weil wir damit zum Ausdruck bringen wollen, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik für uns nicht isolierte Gebilde sind, die sich feindlich gegenüberstehen, sondern eine Einheit bilden. Ich hoffe, daß mir der Nachweis gelingt.

Als der Erste Deutsche Bundestag am 7. September 1949 zusammentrat, fragte der damalige Alterspräsident Loebe: „Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages?“ Seine Antwort lautete: „Daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, daß wir unser Vaterland einer neuen Blüte und einem neuen Wohlstand entgegenführen.“ Diese damals sicherlich kühnen Wünsche sind samt und sonders wahr geworden. Wir haben einen damals von niemandem eahnten, in aller Welt bewunderten Aufbau vollbracht. Wir genießen wieder Vertrauen in der Welt. Unsere Wirtschaft blüht, unser Wohlstand ist kein Privileg f

wenige mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit für alle...

Die Voraussetzungen für diese Erfolge schuf unsere Wirtschaftspolitik. Dank der sozialen Marktwirtschaft können wir auch sozialpolitische Erfolge vorzeigen, die den wirtschaftspolitischen in nichts nachstehen. Den deutschen Arbeitnehmer — und darauf sind wir stolz — schützt das beste soziale Sicherungssystem der Welt; er ist voll in die Gesellschaft eingegliedert; auch sein Einkommen ist unaufhörlich gestiegen und liegt weit über dem Existenzminimum; er kann sich einer glänzend funktionierenden Arbeitsvermittlung und Berufsausbildungshilfe bedienen. Die ökonomische Entproletarisierung der Arbeiter — drei Generationen lang die soziale Frage — ist heute völlig erreicht. Auch den letzten Resten klassenkämpferischer Ideologie ist der Boden entzogen. Soziale Spannungen, einst an der Tagesordnung, sind durch faires Denken und Handeln der Sozialpartner unbekannt geworden. Die Familie nimmt ideell und materiell den Rang ein, den sie wegen ihrer Bedeutung für die Zukunft des Volkes verdient. Vollbeschäftigung, hoher Lebensstandard, der Einfluß der Gewerkschaften, Geltung des Rechtsstaates und politische Stabilität garantieren eine harmonische Gesellschaftsstruktur.

Dieses Zustandsbild gibt der Sozialpolitik ganz neue Aufgaben auf. Die staatliche Sozialpolitik kann nicht mehr nur auf den Elementen ihrer Entstehungszeit weiterbauen. Sie war einst zum Schutz einer Minderheit angemessen und notwendig. Dieses Schutzbedürfnis besteht heute nicht mehr im gleichen Ausmaß. Die Lebenslage der Erwerbstätigen von heute ist mit der Situation der Arbeiter des frühen Industriezeitalters gar nicht mehr zu vergleichen. Das Einkommen ist nicht mehr karg, Arbeitsplatz und Existenz sind nicht mehr gefährdet wie damals. Die Arbeitnehmerschaft ist auch keine Minderheit mehr. Sie ist mit 23 Millionen Menschen die beherrschende Schicht der heutigen Gesellschaft. Dem muß zwangsläufig die moderne Sozialpolitik Rechnung tragen. Sie kann nicht mehr Arme-Leute-Politik sein. Sie verteilt auch keine Almosen an Schutzbedürftige. Sie ist eine neue, eigenständige Politik, dazu bestimmt, die Voraussetzungen und Hilfen für eine Existenzsicherung aus eigener Kraft zu schaffen. Sie ist ein selbständiges, den Bereichen der übrigen Politik vollauf systemkonformes Wirken. Auf diese Feststellung lege ich entscheidenden Wert.

Sie hat in den nächsten Jahrzehnten die große Aufgabe, die vollständige Befriedigung der Gesellschaft zu lösen. Für diese soziale Zukunft aber ist es entscheidend, welches Konzept dafür verwendet wird. Versorgungsstaat oder solidarische Selbsthilfe freier Menschen — das ist die Frage, vor der wir in der nationalen und internationalen Sozialpolitik stehen. Ich verkenne keineswegs, daß große Anstrengungen des Geistes und des Willens nötig sind, um nicht in den Versorgungsstaat abzugleiten, der vom totalen Staat östlicher Prägung nur um kleine Schritte getrennt ist.

Dabei teilen wir keineswegs das liberale Vorurteil gegen die Einrichtung der sozialen Sicherheit überhaupt. Wir sagen nicht, diese Einrichtungen seien nur eine mit schlechtem Gewissen gemachte Konzession, die im Grunde gar nicht mit dem Bild einer freiheitlichen Ge-

sellschaftsordnung vereinbar sei, die man nur dulden müsse, weil starke politische Kräfte dahinter stecken.

Das Konzept der modernen, zeitgerechten Sozialpolitik müßte gerade auch Liberale überzeugen: nämlich keine Fürsorge mehr, keinen Obrigkeitsstaat, sondern klares Verhältnis von Leistung und Gegenleistung; keine Staatsbevormundung, sondern Selbsthilfe. Das ist liberal, marktkonform und systemgerecht gedacht.

Die neue Sozialpolitik

Die „neue Sozialpolitik“ muß sich deshalb in Zukunft auf zwei Gleisen bewegen: Einmal auf dem traditionellen.

Das bestehende System der sozialen Sicherung muß vernünftig und behutsam nach den Ansprüchen und Rechten der freien Persönlichkeit ausgebaut und ergänzt werden. Dabei müssen die Voraussetzungen einer soliden Sozialpolitik strikt im Visier behalten werden, sonst zieht sie sich selbst den Boden. Sie braucht Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und eine stabile Währung. Sie muß auf dieser Basis dann auch in ihren traditionellen Bereichen eine gute Balance zwischen staatlicher und eigener Leistung finden. Es ist an der Zeit, daß außerhalb der öffentlichen Sicherung ein größerer Freiheitsraum entwickelt wird; denn der gestiegene und immer weiter steigende Massenwohlstand gibt der Sozialpolitik die reelle Chance, der ständigen und durch den gesellschaftlichen Strukturwandel erzwungenen Ausweitung der sozialpolitischen Aktivität des Staates das Gegengewicht eines stärkeren individuellen Engagements für die soziale Sicherheit entgegenzusetzen. Auf diese Weise verliert die Sozialpolitik den Geruch der Armen-Fürsorge, der ihr seit langem anhaftet und der gar nicht mehr in unsere Zeit paßt. Überdies ist die gesetzliche Sozialbelastung der Einkommen an einer Grenze angelangt, deren Überschreitung nicht mehr vertretbar ist.

Am klarsten drückt sich der Stilwandel der Sozialpolitik in der geplanten und von mir noch nicht aufgegebenen Krankenkassenreform aus. Es ist ja nicht die Schuld der Christlichen Demokraten, daß dieses bedeutsame soziale Problem nicht behandelt werden konnte. Es ist hinlänglich bekannt, daß durch eine ganz merkwürdige Koalition bei den Ausschußberatungen mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die der CDU die Beratungen blockiert worden sind.

Durch den medizinischen Fortschritt sind die Kosten für das Heilen von Krankheiten immer größer geworden. Wenn diese Fortschritte allen zugute kommen sollen, dann sind von Jahr zu Jahr steigende Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung einfach unumgänglich. Dieses Problem zwingt uns dennoch, sich mit ihm noch in dieser Legislaturperiode zu beschäftigen. Wir stehen ganz einfach vor der Frage, ob wir wegen der steigenden Belastung die Beiträge drastisch erhöhen wollen oder ob wir die Versicherungspflichtgrenze entsprechend erhöhen. Beides ist nur durch einen gesetzgeberischen Akt möglich. Wenn wir aber zu einem solchen gesetzgeberischen Akt genötigt sind, werden Sie mir sicher zugeben, daß wir diese Gelegenheit benutzen sollten, um auch noch einiges andere zu regeln, was damit im Zusammenhang steht. Wenn — so sagte ich eben

— diese Fortschritte allen zugute kommen sollen, sind von Jahr zu Jahr steigende Beitragserhöhungen einfach unumgänglich. Der damit zwangsläufig verbundenen immer stärkeren Sozialisierung der Arbeitseinkommen soll und muß durch die Weckung des Eigeninteresses beim Beitragszahler und potentiellen Patienten — natürlich nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des einzelnen — entgegengewirkt werden. Das ist und bleibt der Kernpunkt aller kassenreformerischen Bemühungen der Bundesregierung. Die Reform ist in dem vergangenen Jahr nicht an der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung, auch nicht an den Argumenten der Gegner gescheitert, sondern sie scheiterte an dem Druck der Interessen. Das war immer meine feste Überzeugung. Dennoch zwingen uns die Verhältnisse, an den Problemen nicht mehr vorüberzugehen, sondern es einer Lösung zuzuführen.

Die Wendung zu einem neuen Stil in der Sozialpolitik kann auf keinen Fall bedeuten, die traditionelle Sozialpolitik zu vernachlässigen oder gar einzustellen. Niemand denkt daran, das System der sozialen Sicherung abzurüsten. Wir können es unmöglich entbehren, müssen und wollen es auch beibehalten.

Die Grenzen des Sicherungssystems

Die Frage kann nur sein, ob wir das Sicherungssystem so weit ausbauen wollen, daß eine Grenze erreicht ist, über die man aus materiellen Rücksichten nicht hinausgehen kann und aus ideellen Erwägungen nicht hinaus-

Macht wurde uns auch bisher zu sehr zum Selbstzweck. Und übrigens nicht nur uns allein, sondern dem modernen Nationalismus überhaupt. Macht rechtfertigt sich aber außer dem Dienste, den sie dem physischen Lebensbedürfnis eines Volkes leistet, allein durch den Dienst, den sie den höchsten geistig-seelischen Werten der Menschheit, der Kultur und der Religion, erweisen kann. Daß es anders ist in Wirklichkeit und daß die Macht des Staates sich immer wieder als Selbstzweck gebärdet und benimmt, weiß der Historiker ganz genau. Aber ihm ziemt es, nach jedem Blick auf die Wirklichkeit, den er zu tun hat, auch zu den höchsten Gestirnen der Menschheit wieder emporzuschauen. Tragisch wird nun der Kontrast zwischen Wirklichkeit und Ideal, den er wahrnimmt. Aber tragisch ist ja eben der Charakter der Geschichte, den er zu verzeichnen hat, überhaupt.

Friedrich Meinecke,
Die deutsche Katastrophe, 1946

gehen soll. Ginge nämlich die Entwicklung ins Unbegrenzte weiter, dann würde zum Beispiel die Sozialversicherung ihren ursprünglichen Charakter völlig wandeln. Eine derart sich auswachsende Sozialversicherung würde nicht nur den Versicherungscharakter verlieren, sondern schließlich in eine totale staatsbürgerliche Versorgung umschlagen. Wir hören ja merkwürdige Töne — die zwei Flügel trachten sich hier miteinander zu vereinigen — über die allgemeine vom Staat zu garantie-

rende, ja sogar zu leistende Versorgung, zunächst etwas bescheiden „Grundsicherung“ genannt. Nein, meine Damen und Herren, wir bleiben bei unserem System der sozialen Sicherung, wo Leistung und Gegenleistung zwei entscheidende und bestimmende Faktoren sind. Schließlich haben wir 8 1/2 Millionen Rentner in Deutschland 1957 das Versprechen gegeben, daß sie in ihrem Alter auch eine Existenzsicherung finden, deren Größenordnung in einer Relation zu ihrer früheren volkswirtschaftlichen Leistung steht. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang mit aller Härte sagen: Dieses Sozialversicherungssystem werden wir Christlichen Demokraten nicht aufgeben, sondern mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Ich sagte soeben, daß wir nicht in die staatsbürgerliche Versorgung einmünden sollen. Ein solcher Umschlag würde unsere ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse derart umgestalten, daß man letzten Endes soziale Strukturen einplaniert und aufgehoben müßte, die er gar nicht tragen kann. Wir wollen nicht die Reichseinheitsrente, wir wollen die durch ein erfülltes Arbeitsleben, durch Teilhabe am volkswirtschaftlichen Prozeß verdiente echte Alterssicherung.

Selbstredend muß das Alter gesichert bleiben. Da hat noch viel zu geschehen, weil zwei Weltkriege, die Auswirkungen zweier Inflationen — und jetzt will ich mich in Anwesenheit des Herrn Bundesbankpräsidenten vorsichtig ausdrücken — die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes und viele andere, in der Natur der Sache liegende Probleme noch so viele ungelöste Fragen in der Sozialversicherung zurückgelassen haben, daß der Gesetzgeber viel Mühe darauf zu verwenden hat. Wir werden in wenigen Tagen mit der Härtenovelle einige erste große Verbesserungen für das bestehende System bringen. Wir werden weiter mit allen Kräften bemüht sein, das System auf seiner vorbildlichen Höhe zu halten. Und jetzt schneide ich ein Problem an — ich schneide es mit Absicht nur an —, bei dem uns die Diskussion zeigen wird, wie tief diese Ideen gehen. Auch den Wunsch, jenen Kreisen, die bisher noch nicht der gesetzlichen Rentenversicherung angehören, diese Sicherung zugänglich zu machen, werden wir sorgfältig prüfen.

Solche Erwägungen, wie die Einbeziehung der Selbständigen in die Arbeitnehmerrentenversicherungen, können aber nur verwirklicht werden, wenn die Grundlagen des bisherigen Systems nicht angetastet werden, wenn dem Prinzip der gleichen Rechte das der gleichen Pflichten gegenübersteht und wenn ein Weg gefunden wird, der abgrenzbare, noch nicht von der Rentenversicherung erfaßte Stände in die Versicherung geschlossen einbezieht.

Keine sozialen Sonderrechte!

Wir können hier auch nicht aus dem allgemeinen Grundrecht einzelnen Gruppen einen besonders großen Bröckchen zuteilen. Wenn dieser Wunsch lebendige Gestalt annimmt, wenn man ihn unterstützt, wenn man vielleicht Lösungsmöglichkeiten überlegt, dann müßte man fanges an den Anfang setzen: Man kann hier nur Mitglied in diesem Fairneßverein werden nach gleichen Rechten, aber auch nach gleichen Pflichten. Der Aus-

und die Ergänzung des bestehenden Systems unserer sozialen Sicherung hat schließlich noch die letzten Reste von Ungleichheit in der Gesellschaft zu beseitigen. Ich habe mir lange überlegt, ob ich den folgenden Satz — ich spreche ja nach einem vorbereiteten Konzept — in meinem Konzept stehenlassen sollte. Ich habe mir das mehrfach überlegt, und dann habe ich ihn mit mehreren Buntstiften unterstrichen. Das heißt nämlich, daß ich diesen Satz mit besonderem Nachdruck vortragen wollte. Ich wiederhole noch einmal den Rest des letzten Satzes: „... noch die letzten Reste von Ungleichheit in der Gesellschaft zu beseitigen.“

Unsere soziale Situation läßt es deshalb einfach nicht mehr zu, den Arbeitern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die die Angestellten seit 30 Jahren haben, noch länger vorzuenthalten.

Ich lasse mich auf den berühmten Streit, eine wie große Belastung hierbei auf die Wirtschaft zukäme, überhaupt nicht mehr ein, und zwar deshalb, weil letztlich wieder in einer Besprechung von Arbeitgeberseite dargelegt worden ist: Es geht gar nicht darum; wir sind bereit, in vollem Umfang die Kosten zu übernehmen. Man sagt: Wir sind bereit, auch den darauf entfallenden Sozialversicherungsbeitrag — Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag — zu bezahlen. Das ist gar nicht das Problem. Das Problem ist nur: der Rechtsanspruch muß gegen die Kasse gerichtet sein, und darf nicht gegen mich, den Arbeitgeber, gerichtet sein.

Lohnfortzahlung auch für Arbeiter!

Da sage ich: wir gehen doch von den personalen Beziehungen aus, und der Arbeitsvertrag, das Arbeitsverhältnis sollte mehr Elemente des Personalen bekommen. Ich glaube, daß die Menschen in der Wirtschaft — das ist ja seit zwanzig Jahren allgemeine Überzeugung — mehr bedeuten als das Kapital. Ich meine, daß ein Arbeiter heute — natürlich nicht alle im gleichen Maße; das gilt ja auch für die Angestellten — unter Umständen Tätigkeiten von so großem Wert ausübt, daß von seinem Können und seinem Einsatz der wirtschaftliche Effekt in einem so entscheidenden Ausmaß abhängt, daß man endlich mit dem Unsinn aufhören muß — ich habe diesen Ausdruck gebraucht und ich wiederhole ihn —, diesem Arbeitnehmer, vielleicht noch einem Familienvater mit mehreren Kindern, einem wichtigen Mann im Betrieb, einem tüchtigen Arbeiter mit Mißtrauen zu begegnen und ihm das zu verweigern, was man jedem Werkstattschreiber als zu seinem Stand gehörend zubilligt. Das ist in unserem Staat nicht mehr möglich! Ich fordere daher heute wie schon auf mehreren Parteitagungen die Beseitigung dieses Unrechts und die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall im gleichen Ausmaß, wie sie den Angestellten gewährt wird. Die Union hat dieses Ziel seit Jahren proklamiert. Sie hat auch einige gesetzliche Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich will sie gar nicht aufzählen. Sie wissen, was wir getan haben, welche Teilschritte wir eingeleitet haben, nicht immer zum Nachteil der Wirtschaft. Die Union hat nunmehr die Verpflichtung, ihr Versprechen endlich einzulösen.

Auch die Mitbestimmung wird im Lichte der Erfahrungen und der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung ge-

prüft werden müssen. Sie hat sich bisher zweifellos bewährt. Das ist nicht bloß die Auffassung der Arbeitnehmer, das ist nicht bloß die Auffassung der Gewerkschaften; nein, das ist die Auffassung des Parteipräsidiums der CDU, nachdem wir in den letzten Wochen eine Reihe von Gesprächen mit den Vertretern verschiedener Organisationen gehabt haben. Das ist auch, wie ich gehört habe, die Meinung des Herrn Abs, ist auch die Meinung der Herren aus der Wirtschaft. Ich glaube also, daß die Mitbestimmung im Lichte der Erfahrungen und

Ungeduld und Mangel an Augenmaß, Kennzeichen unserer verspäteten Nation, sie haben zweimal die Wahl von Irrwegen verschuldet. Das dritte Mal ist uns — Sein oder Nichtsein! — aufgegeben, zuerst kühl die Welt zu betrachten, um das rechte Augenmaß für die deutschen Dinge zu gewinnen, und sodann geduldig einen Schritt nach dem anderen auf dem Wege voran zu tun, für den wir uns entscheiden werden — nicht aber in den von Stresemann an der damaligen Opposition gezeigten Fehler zu verfallen: nämlich nach Kinderart einen Wunschzettel für den Heiligen Abend zu schreiben, der aber auch alles enthält, was der Wünschende für ein Menschenalter zu bedürfen glaubt.

Ludwig Dehio, Deutsche Politik
an der Wegegabel, 1955

der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung überprüft werden muß.

Die heute diskutierte Ausgestaltung muß auf jeden Fall jeder parteipolitischen Einseitigkeit bei der Besetzung der Mitbestimmungsorgane einen Riegel vorschieben. Gerade wir, die wir die Träger dieses Gedankens und seine politischen Verwirklicher sind — ich darf an 1949 erinnern und daran, daß wir es dann im Bundestag gemacht haben —, gerade wir, die wir die Mitbestimmung bejahen, sagen: Die Mitbestimmung ist kein Objekt für bestimmte Gewerkschaften und Parteien, Machtpositionen zu erzwingen. Aber wir sagen ebenso deutlich: Die geltende Mitbestimmung darf nicht auf kaltem Wege ausgehöhlt werden. Es entspricht nicht dem Sinn der Mitbestimmungsgesetze, durch Veränderung des Produktionsprogramms bei größeren Zusammenschlüssen das Unternehmen des Charakters zu entkleiden, auf Grund dessen es unter die Mitbestimmungsgesetze fiel. Ich bin froh, daß es in vielen Fällen gelungen ist, das abzuwehren. Sollte das aber nicht möglich sein, müßte man sich diese Frage bei einer zeitgemäßen Überprüfung der Mitbestimmungsgesetze erneut überlegen.

Das Problem der Vermögensbildung

Neben dem behutsamen Ausbau unseres herkömmlichen Sicherungssystems kommt in den kommenden Jahren der zweite Komponente unserer Sozialpolitik die allergrößte Bedeutung zu. Diese Entwicklung steht im Lichte von mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung für den einzelnen wegen seiner größeren Mündigkeit und seiner ständig besser gewordenen sozialen Situation, die Vermögensbildung in breiten Schichten und die Förde-

rung der Aufstiegchancen in der Massengesellschaft. Auch für diese Schwerpunkte der modernen Sozialpolitik gilt als unumstößlicher Richtsatz, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleiben muß, daß der Geldwert konstant bleibt und daß die Lohnpolitik das wirtschaftliche Wachstum nicht gefährden darf.

Das Kernstück dieser neuen Sozialpolitik ist die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ich bekenne freimütig, daß ich auf diesem Parteitag gerne, um das soziale Wollen der Christlich-Demokratischen Union zu demonstrieren, in meiner Rede einen Satz gesagt hätte, nämlich den: Unser neues Vermögensbildungsgesetz ist im Deutschen Bundestag verabschiedet. Leider kann ich heute nur sagen: Es ist erst im federführenden Ausschuß verabschiedet. Aber ich glaube, es wird in wenigen Wochen auch im Plenum verabschiedet.

Meine Damen und Herren, diese Christlich-Demokratische Union braucht doch eine Sozialdemokratie nicht zu fürchten! Diese Christlich-Demokratische Union braucht nur weniger miteinander zu zerren. Sie braucht nur mit großem, offenem Herzen im sozialen Bereich zu tun, was an der Zeit, was notwendig und was möglich ist. Dann haben wir schon gesiegt. Aber die Christlich-Demokratische Union muß sich dieses kleinliche — wie ich eben gesagt habe — Gezerre abgewöhnen. Muß denn erst ein Leber uns überholen, damit wir auf Krücken hinterhermarschieren! Unser war die Idee der Eigentumsbildung, unser waren die ersten Gesetze; unser sollte auch sein, was hier und heute zu tun notwendig ist.

Es gehört zu den fundamentalen Überzeugungen christlich-demokratischer Politik — bei mir war das immer so, auf die bin ich eingeschworen seit meiner frühesten Jugend —, jedem Bürger den Raum für die Freiheit zu garantieren, damit er seine Lebensvorstellungen verwirklichen kann. Eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß jeder die reale Chance hat, Eigentum zu bilden. Keine andere Partei hat so wie die Union jahrelang um die Verwirklichung dieses Programms gerungen und im Parlament wesentliche Entscheidungen durchgesetzt. Sie wird auch in den nächsten Wochen weitere wesentliche Schritte tun.

Wir fördern die Bildung von Eigentum und Vermögen in Arbeitnehmerhand, weil sie ein Unterpfeiler der persönlichen Sicherheit gegen die Wechselfälle des Lebens ist. Wer Vermögen hat, kann dem Leben und dem Schicksal freier gegenüberstehen. Wer einen Rückhalt in einem Vermögen hat, fühlt sich, auch als Arbeitnehmer, selbständig und frei. Vermögen eröffnet die ganze Vielfalt des Erwerbs und Aufstiegs im Leben, setzt auch den Arbeitnehmer in die Lage, den würdelosen Zustand des Lebens von der Hand in den Mund zu überwinden. Das ist der sozialpädagogische Kern aller Bemühungen um die Vermögensbildung. Erst Eigentum vermittelt dem Menschen das volle Heimatgefühl in der Freiheit.

Eigentum und Vermögen haben gemeinschaftsbildende Kraft. Denn Vermögen, nicht nur als persönlicher Besitz, sondern als Familienerbe betrachtet, versetzt die Kinder der kommenden Generation in eine ganz neue Lebenssituation. Das ist auch Familienpolitik. Sie sind Erbberechtigte. Sie werden ihr Erbe zu bewahren suchen und es als ihre Aufgabe ansehen, es weiterzureichen. So

verklammert Vermögen die Generationen. Es stärkt den Zusammenhalt der Familie und kräftigt die elterliche Autorität.

Vermögen und Vermehrung von Vermögen trägt schließlich dazu bei, die volkswirtschaftliche Kapitalbildung, eine dringende Forderung des Gemeinwohls, zu verwirklichen. Die Kapitalmehrung ist die Voraussetzung der Einkommenssteigerung und daher der Weg zur Bewältigung der materiellen Armut. Sie ist auch die Voraussetzung für die Weitergabe von Hilfe in die Entwicklungsregionen.

Die Haltung der Arbeiterschaft

Den Freunden aus der Wirtschaft möchte ich folgen und sagen: Dank unserer erzieherischen Aufgabe, durch die Bewegung der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft es heute auch für den einfachsten Arbeitnehmer eine Lebenswahrheit, die er gar nicht mehr anzweifelt, daß sein wirtschaftliches Schicksal abhängt von einer wachsenden Wirtschaft. Es ist für ihn auch eine Binsenwahrheit, man darf das Produzierte nicht alles verzehren, sondern man muß einen erheblichen Teil und vielleicht sogar einen immer steigenden Teil investieren. Das alles ist nicht stehen die Leute, und sie sind auch bereit, auf diesen Teil des Konsums für sich zu verzichten. Nur eines wollen die Leute nicht einsehen — und ich denke, sie haben das recht —: Sie wollen nicht einsehen, daß ihnen dann aus diesem so entstehenden Produktivvermögen auch ein Teil als Eigentumstitel zu wachsen soll. Wir sollten die Zeichen der Zeit sehen. Eine Eigentumsordnung, die um so gefestigter, je mehr Eigentümer es gibt und je mehr Menschen aus eigener Teilhabe vorbehaltslos die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zustimmen.

Endlich vermag Eigentum und Vermögen die industrielle Gesellschaft als Ganzes zu stabilisieren. Der Einzelne wird sich erst dann in der Freiheit ganz zu Hause fühlen, wenn er an allen Funktionen des Wirtschaftslebens teilnimmt, also auch an der Funktion des Vermehrens von Besitz und Kapital. Das Bewußtsein, als Eigentümer, Mitverantwortlicher und Mitträger und nicht nur, wie weitgehend heute, Kostgänger und Nutznießer der Kapitalbildung zu sein, wird sein Lebensgefühl erhöhen und seine Personenwürde stärken. Das ist das erklärte Ziel unserer Eigentumspolitik. Mehr Vermögen soll für den Bürger der Titel sein, daß er sich nicht mit einem passiven Empfängerdasein zu begnügen braucht, sondern daß er mittragen kann und will an der Last und Verantwortung des Gemeinwohls. Hierfür ist von der CDU die letzte staatspolitische Reife die Fertigstellung unserer Eigentumspolitik.

Auch die Förderung der beruflichen Fortbildung und des Aufstiegs in der Gesellschaft entspricht dieser Grundvorstellung. Für die vitale Situation des arbeitenden Menschen in der aus Eigengesetzlichkeit immer stärker werdenden Nivellierung unserer Massengesellschaft ist es von unbedingbarem persönlichem Wert, daß er das Gefühl der persönlichen Befriedigung empfindet. Hier greifen die Sozialpolitik und Bildungspolitik eng ineinander. Die soziale Gesellschaftspolitik der kommenden Jahre wird mit viel größerem Nachdruck als bisher bemüht werden, die Einrichtungen für die Berufswahl zu verstärken.

eil von der Entscheidung für den Beruf das ganze weitere Lebensschicksal abhängt. Diesen Problemen des wichtigen Berufs und des Aufstiegs im beruflichen Leben werden wir die allergrößte Beachtung schenken. Die erste Weichenstellung dafür ist durch mein Programm der beruflichen Fortbildung geschehen.

Es kann bereits heute — von Herrn Schellenberg ursprünglich als Groschenprogramm verlacht — erfreuliche Ergebnisse vorlegen. Die Leistungen werden sich durch die Mitarbeit meines Freundes Dollinger, der die Bundesschatze in richtiger Weise zu verwalten beginnt, in den nächsten Jahren noch erheblich steigern.

Die Entproletarisierung der Arbeiter

Die ökonomische Entproletarisierung ist im heutigen Sozialstaat fast völlig erreicht. Aber nun geht es um die seelische Entproletarisierung, und im Mittelpunkt dieses Programms muß heute das Bildungs- und Erziehungsproblem stehen. Erst der völlig „entproletarisierte“ Arbeitnehmer ist der Staatsbürger, den wir bei all unseren Bemühungen meinen. Nur er wird bereit sein, seine eigene Kraft zu aktivieren; er wird es sich angelegen sein lassen, für Alter und Wechselfälle auch noch durch eigenes Sparen und private Anstrengungen vorzusorgen, anstatt durch die ihm von anderen zgedachten Staatsrenten. Er wird bereit sein, seinen Kindern bessere Entfaltungschancen zu geben. Er wird auch am Arbeitsplatz Initiative entfalten, er wird Mitarbeiter sein wollen, aber nicht Werkzeug. Er wird sich nach Mitverantwortung und Mitbestimmung drängen. Er wird nicht nur mitlaufen wollen, sondern danach trachten, seinen Rang in der Gemeinschaft und im Staat einzunehmen. Das ist der Bürger, den wir meinen und den wir für unsere freiheitliche Demokratie brauchen.

Natürlich kostet die Verwirklichung aller Pläne Geld. Viele Dinge kosten Geld, aber das hierfür aufgewandte wäre gut angewendetes Geld; denn es legt den Grundstein für einen zufriedenen Menschen und damit für eine stabile, harmonische Gesellschaft, und es gibt den Menschen mehr Freiheit.

Die Grundlinien unseres Willens sind ausgezogen. Wir brauchen sie nur weiterzuziehen und wir werden sie auch weiterziehen. Ich bin sicher, daß nur die Union, diese Union nach Konzept und Leistung in der Vergangenheit und nach Ideen und Kraft für die Zukunft imstande ist, die zweite Phase der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verwirklichen. Die Opposition hat für diese Phase kein Rezept. Ihre Programme von Godesberg bis Karlsruhe entbehren jeder Konkretheit und verweisen immer nur auf den Staat, was zu großen finanziellen Problemen führen muß. Nur die Union, die als Zusammenschluß aller Stände und Schichten angetreten ist und damit ihre größten Erfolge erzielte, darf mit Stolz das Gefühl haben, auch die weitere Phase bewältigen zu können. Ich glaube, wir dürfen sogar das Bedürfnis haben, daß die Hauptakteure dieses politischen Willens auch in Zukunft an leitender Stelle mitgestalten, mitprägen, mitformen; denn wir waren ja nicht eine Gemeinschaft von „Flaschen“, sondern eine Gemeinschaft produktiver Politiker; denn wir haben eine Erfolgsbilanz vorzulegen, wie sie kaum jemals vorgelegt werden konnte.

Wir wollen einen Staat der Freiheit, einen Staat der Gerechtigkeit, einen Staat der Menschenwürde, der eine Geistes- und Herzensheimat ist, für die es sich lohnt, sich einzusetzen. Eine gute Sozialpolitik schafft hierfür die besten Voraussetzungen. Gehen wir guten Mutes, entschlossen und zielklar, in die zweite Phase. Diese Union siegt, wenn sie nur siegen will.

Die gesamtdeutsche Synode tagt getrennt

Siegfried von Kortzfleisch

Was sich Ende März auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland abspielte, war ein kirchenpolitisches Kunststück: Zum ersten Mal versammelten sich die 120 Synodalen in zwei getrennten Tagungen in Frankfurt und Magdeburg und faßten dennoch gemeinsam Beschlüsse. Erst vor einem Jahr waren dafür die verfassungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen worden. Im März 1964 hatten die westdeutschen Synodalen in Bethel ein entsprechendes Kirchengesetz beschlossen und den Rat der EKD ermächtigt, es in Kraft zu setzen, sobald auch aus dem Osten die Zustimmung vorläge. Jetzt wurde nun dieses Gesetz praktisch erprobt, und wir können feststellen: es hat die Probe bestanden.

Dies war freilich nur möglich, weil man ebenso umsichtig wie diskret ans Werk ging. Schon die Wahl des östlichen Tagungsortes war sicherlich nicht nur zufällig; denn Magdeburg liegt weit ab von den kirchenpolitischen Kommandostellen der SED. Ferner hatte man sich vor-

sichtshalber nur ganz wenige Abstimmungen vorgenommen, die weder eine Debatte im eigenen Hause erforderten, noch politische Reibungsflächen hätten bieten können. Eine davon war die Wahl von Generalsuperintendent Fritz Figur aus Berlin-Köpenick zum stellvertretenden Präses der Synode. So war also das technische Problem nicht sehr groß und deshalb auch nicht so schwierig; mit Hilfe normaler Telegramme wurden die Abstimmungsergebnisse von Magdeburg nach Frankfurt übermittelt und hier den westlichen Stimmen hinzugefügt. An einigen Telegrammen und Telefongesprächen hing also die Gemeinsamkeit der EKD-Synode — das macht hinreichend deutlich, wie sehr die Einheit der EKD überhaupt abhängig geworden ist von der funktionierenden Nachrichtenübermittlung.

Auch in dem begrenzten Umfang hätte jedoch das Experiment der geteilten und doch einen Synode nicht ge-

lingen können, wenn sie sich nicht von politisch sprengenden Themen weitgehend entlastet hätte. Das Hauptthema war die Bibel, ihre Verbreitung und die Methoden, sie auszulegen. Politische Themen kamen auch vor, zumal in den Rechenschaftsberichten des Ratsvorsitzenden, Präses Scharf, in Frankfurt und von Bischof Krummacher, dem Sprecher der mitteldeutschen Kirchenleitungen, in Magdeburg. Darüber wurde auch diskutiert, in Frankfurt zwischendurch sogar ziemlich zugespitzt und temperamentvoll. Doch verzichtete man darauf, gemeinsame politische Erklärungen zu formulieren, die womöglich zu offenen Meinungsverschiedenheiten geführt hätten. Scharf konnte immerhin darauf verweisen, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland sich auch in letzter Zeit häufig zu politischen Fragen geäußert hat, zu den NS-Prozessen, zur Lage der Landbevölkerung, zur Eigentumsbildung und so fort.

Die Synode entlastet hat auch ein Briefwechsel zwischen Scharf und Krummacher, der gezielt in der Woche zuvor veröffentlicht wurde. Die beiden Briefe beschäftigten sich bewußt mit politischen Dingen, die gerade akut waren: diplomatische Beziehungen zu Israel, Hallstein-Doktrin, Verjährung. Krummacher fügte hinzu, Atomwaffen gehörten nicht in deutsche Hände; Scharf verallgemeinerte dies absichtsvoll: nicht nur der atomare Krieg, auch der konventionelle sei heute nicht mehr ethisch vertretbar. In einem solchen Briefwechsel können die Kirchenführer ihre persönliche Meinung sagen, sie binden damit nicht ihre Kirchen. Sie können vor allem auch die verschiedenen Töne anklingen lassen, die sich einstellen, wenn man auf der jeweils anderen Seite der Mauer lebt.

Es sieht so aus, als hätte die Evangelische Kirche, je mehr sie zwischen Ost und West balancieren mußte, es auch zunehmend gelernt, sich in der Öffentlichkeit differenziert — abgestuft zu äußern. Es gibt nun einmal Fragen, zu denen ein kirchliches Parlament, das einmal im Jahr tagt, sich nicht angemessen äußern kann. Der elfköpfige Rat vermag schneller zu reagieren und sich gründlicher beraten zu lassen. Und wenn die Synode das Symbol der kirchlichen Einheit über die Grenze hinweg bleiben will, dann muß sie alles vermeiden, was sie sprengt, muß sie also unter anderem auf alle nicht unbedingt notwendigen Abstimmungen verzichten. Damit verzichtet sie nicht etwa auf wesentliche Rechte; denn die gesetzgeberischen Aufgaben der EKD-Synode sind ohnehin sehr gering. Ihre Autorität ist im wesentlichen eine „moralische“, das will sagen: sie muß von ihrer geistigen Potenz her begründet werden oder sie ist kaum vorhanden. Rechtlich kann die Synode der EKD — im Unterschied zu den gesetzgebenden Landessynoden — in erster Linie nur „Empfehlungen“ aussprechen, an die sich die einzelnen Landeskirchen nicht unbedingt zu halten brauchen. Für Empfehlungen aber und für „Worte“ an die Öffentlichkeit gibt es mancherlei Formen, sie an den Mann zu bringen oder zu publizieren. Zuweilen, hat sich herausgestellt, kann eine kirchliche „Geheimdiplomatie“ sogar mehr ausrichten als ein lautstarker Appell. Außerdem hat man eingesehen, daß man die Einheit der Kirche nicht erzwingt, indem man alles, was öffentlich zu sagen ist, unbedingt vom Plenum der Synodalen in Ost und West gutheißen läßt. Tatsächlich sind die Kirchen in beiden Teilen Deutschlands schon seit Jahren teil-

weise getrennt vorgegangen. Die Kirchen in Mitteldeutschland etwa konnten nur alleine Stellung nehmen zum atheistisch-marxistisch geprägten Arbeitsgesetzbuch, zum Jugendgesetzbuch oder zum Entwurf für das sozialistische Bildungswesen. Bischof Krummacher zog daraus jetzt die Konsequenz mit dem Satz: Einheit und Gemeinschaft der EKD könne nur gewahrt werden, „wenn einer dem anderen Freiheit gibt, jeweils unter seinen besonderen gesellschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Verhältnissen in der Bindung an das eine Evangelium Beschlüsse zu fassen“.

Warum hält man überhaupt so hartnäckig an der Einheit fest, die doch im täglichen Leben nur noch in Resten zu praktizieren ist und nur mit mancherlei Listen? Die Antwort ist nicht politisch, aber sie könnte für die politische Welt vorbildlich sein. Sie lautet mit Krummachers Worten: „Wir leben in einem zerrissenen Volk, und wir sind diesem zerrissenen Volk schuldig, alles zu tun, daß nicht die letzten Brücken, durch die die getrennten Menschen verbunden sind, abgebrochen werden“. Um dieser Verpflichtung willen, nehmen die Kirchen, zumal im Westen, zahlreiche Unbequemlichkeiten in Kauf.

Sie müssen sich auch immer wieder von Mißverständnissen absetzen. Präses Scharf betonte, die Evangelische Kirche in Deutschland wolle nicht die politische Wiedervereinigung vorwegnehmen, noch könne sie sich für eine bestimmte „Zuordnung der beiden deutschen Teile“ einsetzen. Er wies damit ebenso den Versuch der SED zurück, die Kirche für ihre Zwei-Staaten-Theorie einzusetzen, wie etwaige Erwartungen aus dem Westen, daß sie das Gegenteil tue. Die Politiker sollten dafür Verständnis haben.

Nun wollen die Synodalen in Zukunft aber auch über die politisch relevanten Probleme kirchlichen Handelns wenigstens diskutieren können. Dafür werden in Ost und West je nach Bedarf sogenannte „Arbeitstagen“ stattfinden. Das sind nicht offizielle Sitzungen, in denen man verbindlich und für alle Mitgliedskirchen beschließen kann. Die Arbeitstagen dienen aber der kirchlichen Meinungsbildung, und es können dort die Themen erörtert werden, die ins Zwielflicht der Ost-West-Politik geraten sind. In der Bundesrepublik zum Beispiel wird sich die erste Arbeitstagung im November mit der Militärsorge befassen.

Es wurde hier so ausführlich von den „politischen“ Aspekten der Synode gesprochen, obwohl ihr offizielles Thema doch die Bibel war. Jedoch: nur wirklich Neues hat die Synode eben nur hier, gleichsam außerhalb ihres Programmes erbracht. Über die wissenschaftliche Auslegung der Bibel hörte man lediglich, was man schon an vielen anderen Stellen hören und lesen kann. Die Synode hat die vieldiskutierte historisch-kritische Bibelauslegung im wesentlichen bejaht. Die extremen Vertreter des Fundamentalismus und der „Existentialtheologie“ waren offenbar nicht anwesend. Unmittelbar folgenreicher dürfte die Entschließung sein, sich für die Verbreitung der Bibel in der Welt intensiver als bisher einzusetzen. Bei dieser Gelegenheit sickerte durch, die Gründung eines umfassenden „Evangelischen Bibelwerkes“ stünde in absehbarer Zeit bevor.

Der 13. Bundesparteitag der CDU Düsseldorf

km Tische waren in der Halle D des Düsseldorfer Messe-landes aufgestellt worden. Auf 10 000 qm Sisalläufer waren über 2000 Delegierte, Gäste und einige Hundert Journalisten. Mit 3 km Stoffbahnen waren die Wände der Halle kardinalsrot bespannt. 180 Mitarbeiter und 90 Hilfskräfte, 15 Kurierfahrzeuge und 20 Stenographen, 10 Vervielfältigungsmaschinen und rund 1 Million Blatt Papier bildeten den organisatorischen Rahmen des Parteitags. Die Presse war so gut versorgt worden wie nie zuvor; ihr standen Fernschreiber und Fernsprechkabinen, Arbeitsräume und ein besonderes Café zur Verfügung.

Was immer man über den Parteitag in Düsseldorf sagen oder schreiben kann, ein Lob für die Organisation muß vornanstehen. Die Referate lagen der Presse nicht nur hektographiert vor, während sie gehalten wurden, sondern alle Referate und alle Äußerungen in den Arbeitskreisen konnten die Teilnehmer am Parteitag wenige Stunden später gedruckt in den Händen halten. Das erleichterte die Übersicht über das Geschehen in den verschiedenen Arbeitskreisen und half ohne Zweifel den Delegierten sich mit dem Stoff, der geboten wurde, vertraut zu machen. Manch einer wird die Gelegenheit der Heimfahrt dazu benutzt haben, auch Reden und Diskussionsbeiträge zu lesen, die er selbst nicht hören konnte. Damit ist die Wirkung des Parteitages ohne Zweifel erheblich intensiviert worden.

Wer die Presse während des Parteitages und an den Tagen danach verfolgt hat, wird ein sehr zwiespältiges Urteil wahrgenommen haben. Rundfunk- und Fernsehkommentare waren überwiegend negativ. Hier sprachen die Kommentatoren von mangelnder Geschlossenheit, von erheblicher Müdigkeit und fehlendem Führungswillen. In den Zeitungen gab es einige recht positive Kommentare, denen man anmerkte, daß sich die Verfasser die Mühe gemacht hatten, die vielfältigen Reden und Diskussionsäußerungen auf ihre Substanz hin zu studieren. Wer das getan hat, kann unserer Ansicht nach weder von Müdigkeit noch von Resignation, weder von fehlendem Führungswillen noch von mangelnder Geschlossenheit sprechen. Gewiß, in allen Diskussionen in den einzelnen Arbeitskreisen gab es Themen, zu denen man sehr gegensätzliche Meinungen hören konnte. Das aber macht den Spannungsbogen aus und schuf auf dem Parteitag eine echte Gesprächssituation. Das muß man begrüßen, wenn man es mit dem demokratischen Prinzip einigermaßen ernst nimmt. Auch auf einem Parteitag im Jahr der Bundestagswahl dürfen solche Spannungen nicht verdeckt werden. Sie dürfen nicht einer angeblichen Parteidisziplin geopfert werden.

Man kann fragen, worin die besondere Wirkung und Funktion eines Parteitages liegt. Man wird schwindelig, wenn man einmal darüber nachdenkt, wieviel Worte aus Anlaß einer solchen Versammlung produziert werden. Es sind ja nicht nur die endlosen Reden und Diskussionsbeiträge, sondern auch die Presseberichte und nachfolgenden Kommentare, die in allen Zeitungen des Landes gedruckt werden. Hier ist es wohl richtig, von einer „Inflation der Worte“ zu sprechen. Und doch kann ein modernes Staatswesen und kann eine so vielfältige Gesellschaft wie die unsere nicht ohne jene Inflation leben. Sie ist notwendig, um die Auf-

merksamkeit der Menschen auf ein Ereignis, auf bestimmte Meinungen und Thesen zu konzentrieren. Das Leben unserer Gesellschaft braucht solche Konzentrationspunkte, die Richtung geben und die Möglichkeit zur Ausrichtung verschaffen. Einige wenige Begriffe werden dann herausstechen und werden, so sie glücklich gewählt und aus der Situation heraus formuliert sind, Geschichte machen. Diesmal wird es — wie wir hoffen — der Vorschlag des Bundeskanzlers sein, ein „Deutsches Gemeinschaftswerk“ zu gründen. — Unabhängig davon muß eine große Partei gelegentlich den Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich zu treffen und jene Gespräche zu führen, die sich in vielfacher Form am Rande der offiziellen Veranstaltungen abspielen. Hier findet ein Meinungsaustausch statt, der für den inneren Zusammenhalt und die geistige Integration der Partei absolut notwendig ist. Man trifft sich wieder und man lernt sich kennen, man weiß, wer hier und dort in der Arbeit steht und wie in den verschiedenen Organisationen der Partei und in den verschiedenen Ländern gearbeitet wird. Darüber hinaus gibt das Parteitagforum einzelnen Männern die Gelegenheit sich zu profilieren und in die Führungspositionen hineinzuwachsen. Inoffiziell wurde der Parteitag durch die Großveranstaltung in der Rheinhalle eröffnet, auf der der Parteivorsitzende Dr. Adenauer und Bundeskanzler Professor Erhard sprachen. Die Halle war so überfüllt, daß auch der Berichterstatter keinen Zutritt mehr fand. Er wußte nicht, ob er darüber traurig oder froh sein sollte, da er bei dem Versuch hineinzukommen ein Gefühl davon bekam, wie unerträglich die Temperatur im Saal war.

Der erste Tag stand im Zeichen des großen Grundsatzreferates von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, das unsere Leser in diesem Heft nachlesen können. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich leider nicht auf dieses Referat, das es ohne Zweifel verdient hätte, von den Delegierten intensiver besprochen zu werden. Interessant war, daß die Presseberichterstattung über diesen Tag sich im wesentlichen auf einen Nebensatz aus dem Referat des geschäftsführenden Parteivorsitzenden, Josef-Hermann Dufhues, stützte. Das Wort von der Wachablösung machte die Runde und hat ohne Zweifel ein Gewicht gewonnen, das es niemals haben sollte. Es hat die Situation der Partei im Blick auf den Wahlkampf sicher nicht erleichtert.

Der zweite Tag stand unter dem Zeichen der Arbeit in den einzelnen Arbeitskreisen. Wer arbeiten, wer Meinungen hören und sich mit ihnen auseinandersetzen wollte, kam an diesem Tag auf seine Kosten. Im außenpolitischen Arbeitskreis sprachen der Bundesaußenminister, Dr. Gerhard Schröder, der Minister für Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, und der Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Hallstein. Die Diskussion erhielt dadurch besondere Akzente, daß die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Birrenbach und Werner sprachen, die durch ihre Verhandlungstätigkeit im Nahen Osten bekannt geworden sind. In dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialpolitik und dem für allgemeine gesellschaftspolitische Fragen hielten die zuständigen Minister die einleitenden Referate. Die Zahl der Diskussionsbeiträge war so groß, daß sie auch im Laufe des Nachmittags kaum bewältigt werden konnten. All das macht die rege Mitarbeit der Delegierten auf diesem Parteitag deutlich.

Der letzte Tag stand im Zeichen der beiden großen Referate des Fraktionsvorsitzenden der Partei im Bundestag, Dr. Rainer Barzel und des Bundeskanzlers. Dieser Tag war ohne Zweifel der Höhepunkt des Parteitags. Wer bis dahin den Zusammenhalt des Parteitags vermißt hatte, der kam nun auf seine Kosten. Die Partei präsentierte sich als eine geschlossene politische Gemeinschaft, die nicht nur durch die gemeinsam getragene Verantwortung in der Vergangenheit zusammengebunden war, sondern auch durch den Willen, die Zukunft unseres Staatswesens zu gestalten. Die Delegierten waren diesmal — im Gegensatz zu manchem früheren Parteitag — eine Schar von Menschen, der man abspürte, daß sie bereit ist, sich politisch zu engagieren, zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Im Blick auf sie waren die Schlußworte des Parteivorsitzenden Dr. Adenauer, in denen er betonte, daß nun zum Sieg gearbeitet werden müßte, sicherlich unnötig. —

Bücher

Hanna Walz, Protestantische Kulturpolitik, Kreuz-Verlag, Stuttgart, 1964, 253 Seiten, DM 14,80.

Es gibt genügend Beiträge zu Einzelfragen und Einzelaspekten der Kulturpolitik. Die Überblicke auch über nur ein Teilgebiet sind hingegen selten, und einen Autor, der den Mut hätte, das Gesamtgebiet der Kulturpolitik darzustellen, hat es unseres Wissens seit Jahrzehnten nicht gegeben. Noch weniger hat ein verantwortlicher Politiker eine zusammenfassende Darstellung gewagt. Wer als Politiker schreibt, tut es nicht allein in Konfrontation mit der lesenden Öffentlichkeit. Er kann sich dabei nicht herausstellen aus den Beziehungen zu der Gruppe, der er entstammt, der Partei, der er angehört, und dem Parlament, in dem er wirkt. Das Buch eines Politikers ist darum nicht selten selbst ein Stück Politik, es beeinflusst in ganz anderer Weise die politischen Entscheidungen, als es die Arbeit eines noch so kompetenten Autors, der außerhalb der politischen Welt steht, gewöhnlich vermag. Man darf auch annehmen, daß die Betrachtung eines Politikers sich nicht im Utopisch-Spekulativen verliert, sondern stets das Realisierbare vor Augen hat. All das gilt für ein Buch wie das von Hanna Walz, die Mitglied des hessischen Landtages ist und dort zu den kulturpolitischen Sprechern der CDU-Fraktion gehört. Mit ihrem Buch rückt sie auch für eine breite Öffentlichkeit in die führende Reihe der Kulturpolitiker der Unionsparteien.

Der Titel weist auf die Ausgangsposition hin: es wird nicht der Versuch gemacht, die Resultate aus der pluralistischen Gesellschaft zu ziehen, was notwendigerweise in einem blassen Konformismus endigen würde. Hanna Walz geht vielmehr davon aus, daß im Verständnis von Mensch und Welt, wie es für sie im protestantischen Erbe und im gegenwärtigen Bewußtsein evangelischer Existenz vorliegt, Maßstäbe des Urteils liegen, mit denen man auch den in mancher

Man kann einen Bericht über den Parteitag in Düsseldorf nicht abschließen, ohne jenen Empfang zu erwähnen, den der Parteivorsitzende, Dr. Konrad Adenauer, ca. 300 Journalisten gab. In der Rheinhalle trafen sich am Montagabend bei einem kalten Buffet die Journalisten mit der Prominenz der Partei. Man saß an kleinen Tischen, je ein Politiker mit mehreren Journalisten zusammen. Ein Programm war nicht vorgesehen, sondern es sollte genügend Zeit zum freien Gespräch sein. Es wurde aber ein Abend, der wohl vielen, die ihn miterlebt hatten, unvergeßlich bleiben wird. Dr. Konrad Adenauer machte aus seiner Begrüßungsrede eine Show, die jeden Kabarettisten hätte vor Neid erblassen lassen. Fünfzehn Minuten lang folgte Lachsalmade auf Lachsalmade. Der Vertreter der FAZ antwortete nicht minder gekonnt im Namen der versammelten Presse. Es war ein Ereignis am Rande des Parteitages, aber es sollte nicht vergessen werden.

Hinsicht spröden und disparaten Stoff der Kulturpolitik gehen kann.

Das Buch beginnt von dieser Basis aus folgerichtig mit der Darstellung des „evangelischen Ansatzes“ und des „katholischen Ansatzes“, und es wird zunächst der Versuch gemacht, den Säkularismus zu definieren. Damit ist die Autorin auf der Höhe der gegenwärtigen protestantischen Theologie, die in der je verschiedenen Betrachtung des Phänomens Säkularismus ein unterscheidendes Merkmal der beiden Konfessionen sieht. Besonders die politische und kulturpolitische Position beider Konfessionen ist weitgehend von dem Urteil über den Säkularismus bestimmt. In einem für die Betrachtung zentralen Kapitel verwendet die Autorin ihre Einsicht auf das Problem des Elternrechts, dessen verschiedene Elemente sie herausarbeitet und zu dem sie einen eigenen Standpunkt entwickelt, der über das „konfessionelle Elternrecht“ hinausweist. Auf diesen beiden Gebieten, der theologischen Grundlegung und der für das Verhältnis von Konfession und Kulturpolitik neuralgischen Frage des Elternrechts, liegt zweifellos das Schwergewicht dieses Buches. Wer indessen erwartet, von solchen Grundlagen her eine „konservative“ Kulturpolitik vorgesetzt zu bekommen, wird eines Besseren belehrt. Bildungspolitik wird von der Autorin als Gesellschaftspolitik verstanden. Mancher Leser wird sich sogar eine stärkere Betonung der Eigenständigkeit der Bildung wünschen, auf der anderen Seite freilich auch eine soziologische Vertiefung der Betrachtung, die die Wechselwirkung zwischen Erziehungssystem und Gesellschaftsstruktur noch deutlicher erfaßt.

Es ist oft behauptet worden, von der protestantischen Position aus ließe sich keine Kulturpolitik entwerfen. Hanna Walz hat zumindest gezeigt, wie man von eben dieser Position aus das weite Gebiet der Kulturpolitik systematisch ordnen kann. Ihr Buch wird, so viel ist schon jetzt gewiß, eine nachhaltige Wirkung auf die kulturpolitische Diskussion haben.

Berthold Martin

Evangelische Arbeitskreise der CDU und CSU

(nach dem Stande vom 15. 3. 1965)

Nordbaden

Vorsitzender:

Bürgermeister Kurt Hofheinz,
75 Karlsruhe-Rüppurr, Wichtelmännerweg 7,
Ruf: pr. 3 43 29, Rathaus: 89 31

Stellvertretende Vorsitzende:

Rechtsanwalt Dr. Traugott Bender,
75 Karlsruhe, Stefanienstr. 27, Ruf: 2 34 44

Vikar Helmut Vaupel,
69 Heidelberg, Burgstr. 30, Ruf: 4 02 07

Vertreter im Bundesarbeitskreis:

Bürgermeister Kurt Hofheinz,
75 Karlsruhe-Rüppurr, Wichtelmännerweg 7,
Ruf: pr. 3 43 29, Rathaus: 89 31

Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn,
7 Stuttgart-S, Schloßplatz (Neues Schloß), Ruf: 2 49 31

Dr. Axel v. Campenhausen,
69 Heidelberg, Ladenburgerstr. 19

Südbaden

Vorsitzender:

Pfarrer Karl-August Bühler, MdB,
7858 Weil am Rhein, Traubengasse 27, Ruf: Lörrach 78 17

Stellvertretende Vorsitzende:

Stadtkämmerer Dr. Hans Evers,
78 Freiburg, Marienstr. 2, Ruf: pr. 2 25 70, Rathaus 3 18 34

Gerichtsreferendar Günther Westermann,
7801 Vörstetten b. Freiburg

Vertreter im Bundesarbeitskreis:

Pfarrer Karl-August Bühler, MdB,
7858 Weil am Rhein, Traubengasse 27, Ruf: Lörrach 78 17

Stadtkämmerer Dr. Hans Evers,
78 Freiburg, Marienstr. 2, Ruf: pr. 2 25 70, Rathaus 3 18 34

Gerichtsreferendar Günther Westermann,
7801 Vörstetten b. Freiburg

Bayern

Vorsitzender:

Staatsminister a. D. Dr. h. c. Rudolf Eberhard,
8035 Gauting bei München, Unterbrunner Str. 39,
Ruf: München 86 10 47

Stellvertretende Vorsitzende:

Frau Ingeborg Geisendörfer, MdB,
8 München, Himmelreichstr. 4, Ruf: 6 89 21

Oberbürgermeister Dr. Heinrich Lades,
852 Erlangen, Rathaus, Ruf: 87 61

Geschäftsführer:

Landessekretär Wolfgang Vogelsgesang,
8 München, Lazarettstr. 33, Ruf: 6 29 81

Vertreter im Bundesarbeitskreis:

Prof. Dr. O. A. Dilschneider, MdA,
8 München, Himmelreichstr. 4, Ruf: 6 89 21

Hans Roser, Landjugendpfarrer für Bayern,
8834 Pappenheim/Mfr., Ev. Landjugendheim, Ruf: 383

Dritter Vertreter z. Zt. nicht benannt

Berlin

Vorsitzender:

Prof. Dr. O. A. Dilschneider, MdA,
1 Berlin 45, Walter-Linse-Str. 12, Ruf: 77 16 33

Stellvertretender Vorsitzender:

Bezirksstadtrat Erich Mach,
1 Berlin 45, Ruthnerweg 27, Ruf: pr. 73 81 05, d. 72 04 11

Vertreter im Bundesarbeitskreis:

Prof. Dr. O. A. Dilschneider, MdB,
1 Berlin 45, Walter-Linse-Str. 12, Ruf: 77 16 33

Bezirksstadtrat Erich Mach,
1 Berlin 45, Ruthnerweg 27, Ruf: pr. 73 81 05, d. 72 04 11

Prof. Dr. Werner Borgmann,
1 Berlin 41, Klingsorstr. 29,
Ruf: pr. 72 18 29, d. 35 01 41/App. 184

Braunschweig

Neukonstituierung steht bevor

Bremen

Vorsitzender:

Senator a. D. Dr. Erich Zander,
28 Bremen, Mathildenstr. 74/75,
Ruf: pr. 30 26 01, d. 32 17 11

Stellvertretender Vorsitzender:
Diederich Menke,
28 Bremen-Horn, Riensbergerstr. 77, Ruf: 49 61 19

Vertreter im Bundesarbeitskreis:
Senator a. D. Dr. Erich Zander,
28 Bremen, Mathildenstr. 74/75,
Ruf: pr. 30 26 01, d. 32 17 11
Schriftleiter Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB,
28 Bremen-Oberneuland, Rilkeweg 40, Ruf: 4 42 58
Diederich Menke,
28 Bremen-Horn, Riensbergerstr. 77, Ruf: 49 61 19

Hamburg

Vorsitzender:
Dipl.-Volksw. Dr. Wilhelm Imhoff, MdBü,
2 Hamburg-Volksdorf, Eulenkrogstr. 56, Ruf: 6 03 43 98

Stellvertretende Vorsitzende:
Frau Charlotte Fera, MdBü,
2 Hamburg 39, Bellevue 8, Ruf: 27 08 27
Peter P. Kempermann,
2 Hamburg-Langenhorn, Schäferhofstiege 7,
Ruf: 59 91 41, d. 35 58 14

Vertreter im Bundesarbeitskreis:
Dipl.-Volksw. Dr. Wilhelm Imhoff, MdBü,
2 Hamburg-Volksdorf, Eulenkrogstr. 56, Ruf: 6 03 43 98
Frau Charlotte Fera, MdBü,
2 Hamburg 39, Bellevue 8, Ruf: 27 08 27
Dritter Vertreter z. Zt. nicht benannt

Hannover

Vorsitzender:
Oberbürgermeister Martin Boyken,
32 Hildesheim, Klingenbergstr. 21,
Ruf: 39 25, dienstl. 43 69

Stellvertretender Vorsitzender:
z. Zt. offen

Geschäftsführer:
Generalsekretär Arnold Fratzscher, MdL,
3 Hannover, Heinrich-Heine-Str. 33, Ruf: 1 46 75/76

Vertreter im Bundesarbeitskreis:
Oberbürgermeister Martin Boyken,
32 Hildesheim, Klingenbergstr. 21,
Ruf: 39 25, dienstl. 43 69
Oberkirchenrat Erwin Wilkens,
3 Hannover-Herrenhausen, Hegebläse 27,
Ruf: 7 23 82, dienstl. 70 12 46
Generalsekretär Arnold Fratzscher, MdL,
3 Hannover, Heinrich-Heine-Str. 33, Ruf: 1 46 75/76

Hessen

Vorsitzender:
Frau Dr. Hanna Walz, MdL,
65 Fulda, Magdeburger Str. 21, Ruf: 891, privat 52 91

Stellvertretender Vorsitzender:
Staatsminister a. D. Dr. Georg Strickrodt,
6 Frankfurt (Main), Hynspbergstr. 11, Ruf: 59 32 86

Vertreter im Bundesarbeitskreis:
Frau Dr. Hanna Walz, MdL,
65 Fulda, Magdeburger Str. 21, Ruf: 891, privat 52 91
Landrat a. D. Walter Jansen, MdL,
649 Schlüchtern, Am Galgenberg 7, Ruf: 429
Frau Hildegard Schnell, MdL,
6483 Salmünster, Krs. Schlüchtern, Weinstr. 13

Oldenburg

Vorsitzender:
Ministerialrat a. D. Dr. phil. Alfred Gramsch, MdL,
29 Oldenburg, Philosophenweg 32, Ruf: 21 43 26

Stellvertretender Vorsitzender:
Pastor Hans Hermann Tuengerthal,
294 Wilhelmshaven, Bismarckstr. 239

Rheinland

Vorsitzender:
Staatsminister a. D. Dr. Otto Flehinghaus, MdL,
4 Düsseldorf, Solenanderstr. 11, Ruf: 33 20 31

Stellvertretende Vorsitzende:
Minister Gerd Lemmer, MdL,
563 Remscheid, Marienstr. 7, Ruf: 4 86 74
Gemeindedirektor Dr. Horst Waffenschmidt, MdL,
522 Waldbröl, Kaiserstr. 40, Ruf: 22 47

Vertreter im Bundesarbeitskreis:
Staatsminister a. D. Dr. Otto Flehinghaus, MdL,
4 Düsseldorf, Solenanderstr. 11, Ruf: 33 20 31
Ltd. Regierungsdirektor a. D. Hellmut Lauffs,
4 Düsseldorf-Benrath, Benrodestr. 63,
Ruf: 71 17 74, dienstl. 44 40 57
Paul Schmeck,
565 Solingen, Germanenstr. 17, Ruf: 276 68

Rheinland-Pfalz

Vorsitzender:
Pfarrer Klaus-Peter Seeger,
6791 Wiesbach über Landstuhl, Ortsstr. 73,
Ruf: Großbundenbach 876

Stellvertretende Vorsitzende:
Regierungsbaudirektor Gerhard Wodarz,
65 Mainz, Hafenstr. 8b, Ruf: 2 57 34
Justizinspektor Herbert Schulz,
6587 Baumholder, Im rauhen Bühl 57

Vertreter im Bundesarbeitskreis:
Pfarrer Klaus-Peter Seeger,
6791 Wiesbach über Landstuhl, Ortsstr. 73,
Ruf: Großbundenbach 876
Oberstudienrat Oswald Knapp,
5453 Niederbieber-Segendorf, Weißer Berg 16,
Ruf: Neuwied 2 41 87

Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises